

## Überregionaler Newsletter 01-2008 vom 24. Dezember bis 22. Januar 2008

**24.12.2007 Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

ich möchte Sie auf ein Interview mit Dr. habil Heiner Rindermann hinweisen, welches am 4. Dezember 2007 im Deutschlandradio Kultur gesendet wurde: <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/thema/706040/>

Herr Rindermann stellt hier einige Behauptungen auf, welche konstitutiver Bestandteil rechter Weltanschauung sind: So behauptet er, dass es "genetische Unterschiede zwischen Völkern" gibt. Es werden dabei Beweise von individualpsychologischen Untersuchungen zur Begründung verwendet und diese Ergebnisse auf die Ebene von "Völkern" übertragen. Um die Intelligenz von "Rassen"/ "Ethnien" zu vergleichen, würden sich laut Rindermann "figurale Intelligenztest-Aufgaben" eignen.

Herr Rindermann verwendet dabei die Begriffe "Land", "Ethnie", "Volk" und "Rasse" synonym und geht von einer bestehenden Ordnung der Menschheit in "Rassen" aus: "Es gibt auf jeden Fall genetische Unterschiede zwischen Rassen, wenn man diesen Begriff wählt, also zwischen Weißen, zwischen Schwarzen und zwischen Asiaten als die drei Großgruppen". Als Beweis für die genetischen Unterschiede von "Völkern" werden Unterschiede in der Hautfarbe herangezogen.

Es werden dabei nicht nur Zuordnungen vorgenommen, sondern auch Zuschreibungen gemacht (u.a., dass Ostasiaten besonders fleißig seien) und Verhaltensweisen von den Eigenschaften der genetisch bestimmten Kollektive abgeleitet: "Menschen mit bestimmter genetischer Ausstattung suchen sich eine andere Umwelt aus und beeinflussen auch ihre Umwelt in einer bestimmten Form, wie es ihren Genen entspricht und wie sie sich auch dann besser entwickeln können. Also zum Beispiel Intelligenter gehen eher länger in die Schule, auf Universitäten, und die weniger Intelligenten, die meiden eher solche Umwelten."

Interessant und nach Lektüre des Interviews nicht verwunderlich ist, dass sich Rindermann in einer aktuellen Publikation auf die Schrift "Die IQ-Falle. Intelligenz, Sozialstruktur und Politik" des rassistischen Populationsforschers PD Dr. Dr. Volkmar Weiss bezieht:

<http://groups.uni-paderborn.de/rindermann/materialien/PublikationsPDFs/07EJP.pdf>

Herr Weiss wurde auf Vorschlag der NPD in Sachsen als externer Berater in die Enquete-Kommission "Demografische Entwicklung und ihre Auswirkungen für die Lebensbereiche der Menschen im Freistaat Sachsen sowie ihre Folgen für die politischen Handlungsfelder" berufen und war dort bis Januar 2006 tätig. Er ist außerdem als Gastautor und Interviewpartner der Zeitschriften "Junge Freiheit" und "Deutsche Stimme" tätig und ist Mitherausgeber der Zeitschrift "Mankind Quarterly".

Das Interview mit Herrn Rindermann wurde bereits auf dem rechten **Netzwerk altermedia** positiv aufgenommen und zur Bestätigung der eigenen Ideologie herangezogen.

[http://de.altermedia.info/general/neulich-im-deutschlandradio-oder-was-wir-schon-immer-wussten-es-gibt-genetische-unterschiede-zwischen-den-rassen-151207\\_12284.html](http://de.altermedia.info/general/neulich-im-deutschlandradio-oder-was-wir-schon-immer-wussten-es-gibt-genetische-unterschiede-zwischen-den-rassen-151207_12284.html)

Dass es sich hierbei nicht nur um eine falsche Interpretation der Aussagen von Herrn Rindermann bzw. um einen Mißbrauch handelt, sondern die Behauptungen von Herrn Rindermann zu einer Verwendung in diesem Kontext einladen, wird nach Lektüre des Interviews deutlich.

Von Seiten der Universität Mainz wurde bereits ausführlich zu dem Interview Stellung genommen:

[http://zope.verwaltung.uni-mainz.de/presse/mitteilung/2007/2007\\_12\\_19ethno\\_rindermann/showArticle dtml](http://zope.verwaltung.uni-mainz.de/presse/mitteilung/2007/2007_12_19ethno_rindermann/showArticle dtml)

**Dort ist das Interview auch als pdf-Version verfügbar.**

Dass solche rassistische Behauptungen von einem habilitierten Wissenschaftler geäußert werden, sollte zu denken geben. Herr Rindermann hat im September 2007 einen Ruf für eine Professur für Evaluation und Methodik der Entwicklungspsychologie an der KFU Graz erhalten und wurde ebenfalls 2007 mit dem William-Stern-Preis für hervorragende innovative Arbeiten auf dem Gebiet der Persönlichkeitspsychologie ausgezeichnet.

Dass dieser Beitrag zudem in einem öffentlich-rechtlichen Medium veröffentlicht worden ist und die Interviewerin die Vorstellung einer Einteilung der Menschheit in "Rassen", "Ethnien" und "Völkern" reproduziert ("Wenn man den einen mit dem anderen oder auch noch die eine Ethnie, die eine Rasse mit der anderen vergleichen will, was für Tests nimmt man denn da?" bzw. "Die These, das ein Volk ist intelligenter als das andere, das wird ganz schnell rassistisch interpretiert), stimmt nicht weniger bedenklich.

**Viele Grüße, Claudia Globisch**

**Claudia Globisch, M.A.**

**Wissenschaftliche Mitarbeiterin**

**Institut für Soziologie Universität Erlangen-Nürnberg**

**Kochstr. 4, R. 5.060 91054 Erlangen**

**Tel. ++49-(0)9131- 85-22091**

**web: [www.kulturhermeneutik.uni-erlangen.de](http://www.kulturhermeneutik.uni-erlangen.de)**

**project: [http://www.kulturhermeneutik.uni-erlangen.de/stipendiaten/claudia\\_globisch\\_de.php](http://www.kulturhermeneutik.uni-erlangen.de/stipendiaten/claudia_globisch_de.php)**

**<http://www.soziologie.phil.uni-erlangen.de/user.php?uid=1009>**

**27.12.2007 Petra Pau: Rechtsextremismus - kein Grund zur Entwarnung. Im Gegenteil**

Berlin (ots) - "Keinerlei Grund zur Entwarnung" sieht Petra Pau, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE und Mitglied im Innenausschuss, in Bezug auf rechtsextremistische Straf- und Gewalttaten und erklärt weiter:

Die Zahlen rechtsextremistischer Straf- und Gewalttaten waren im Jahr 2007 unverändert hoch. Im statistischen Schnitt wurden bundesweit stündlich 2 ½ Straf- und täglich 2 ½ Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund registriert.

Diese Zahlen sind vorläufig, sie stapeln tief und sie erfassen damit nicht das wahre Ausmaß rechts-extremer Exzesse inmitten der Gesellschaft, und zwar in Ost und West, in Nord und Süd.

Breiten Raum nehmen ebenfalls antisemitische Haltungen und Taten ein. So wurde in den vergangenen fünf Jahren - wiederum im Bundesschnitt - Woche für Woche ein jüdischer Friedhof geschändet.

Nach wie vor müssen jüdische Einrichtungen, seien es Synagogen, Schulen, Kindergärten oder Feste besonders geschützt werden.

Wie das Bundesinnenministerium des Innern angesichts dieser Fakten zu dem Schluss kommt, rechts-extremistische Straftaten seien 2007 um nahezu zehn Prozent gegenüber 2006 zurück gegangen, bleibt das Geheimnis des BMI.

Zumal offenbar wurde, dass sich ganze Bundesländer schön rechnen. Das war in Sachsen-Anhalt so, das war in Sachsen so, das war in Mecklenburg-Vorpommern so und das ist folglich auch im Bundesinnenministerium so.

Der Bundesrepublik Deutschland helfen keine offiziellen Schönfärber.

Wir brauchen stattdessen endlich eine unabhängige Beobachtungsstelle für Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Denn nur wenn die Analyse stimmt, können auch Gegenstrategien stimmig werden."

**Pressekontakt: DIE LINKE. Fraktion im Bundestag Hendrik Thalheim**  
**Tel.: 030/22752800 Mobil: 0172/3914261 Mail: [pressesprecher@linksfraktion.de](mailto:pressesprecher@linksfraktion.de)**

27.12.2007

[www.welt.de/politik/article1496001/Aemter\\_duerfen\\_NPD\\_als\\_extremistisch\\_bezeichnen.html](http://www.welt.de/politik/article1496001/Aemter_duerfen_NPD_als_extremistisch_bezeichnen.html)

**Verfassungsgericht**

**Ämter dürfen NPD als extremistisch bezeichnen**

Der Verfassungs-Gerichtshof von Rheinland-Pfalz gibt dem Innenministerium Recht, das in einer Broschüre vor den Umtrieben der rechtsnationalen NPD warnt. Die Partei hat sich dagegen gewehrt, weil sie ihre Rechte als politische Gefahr beeinträchtigt sieht.



**Foto: REUTERS**  
**Nationalistisch und extrem: Anhänger der NPD**

Staatliche Stellen dürfen eine politische Partei öffentlich als extremistisch oder verfassungsfeindlich einstufen, wenn es dafür eine sachliche Grundlage gibt. Das erklärte der Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz in Koblenz. Er begründete damit sein Urteil vom 27. November dieses Jahres, wonach das rheinland-pfälzische Innenministerium mit der Broschüre "Kommunen gegen Rechtsextremismus" über Aktivitäten der NPD informieren darf. Die NPD hatte geklagt, weil sie ihre Rechte

als politische Partei verletzt sah. Das Gericht wies die Klage ab.

**Weiterführende links**

- [Knobloch will "Aufschrei" gegen Antisemitismus](#)
- [Strafanzeige gegen NPD-Chef Udo Voigt](#)
- [Polizei unterschätzte Neonazi-Aufmarsch](#)
- [Neuer Prozess gegen Horst Mahler angestrebt](#)
- [Zündel-Anwältin muss selbst vor Gericht](#)
- [Neonazi-Kleidung im Landtag verboten](#)
- [Die NPD hat ein Problem mit Gesetzen](#)
- [NPD geht in Niedersachsen auf Stimmenfang](#)
- [Polizei fahndet jetzt mit Phantombild](#)
- [SPD geht bei NPD-Verbot in die Offensive](#)
- [Rechtsextremen Parteien droht Finanz-Kollaps](#)

Laut Gericht darf der Innenminister die Öffentlichkeit über seine Erkenntnisse unterrichten, damit auch Bewertungen verbinden und Handlungsmöglichkeiten aufzeigen. Für die Informationen müsse es jedoch eine "tatsächliche Grundlage" geben - Bewertungen dürften nicht willkürlich oder sachfremd sein. Die im Mai

2007 herausgegebene Broschüre "Maßnahmen gegen den Rechtsextremismus: Ein Handlungsleitfaden für kommunale Entscheidungsträger" stehe mit diesen Grundsätzen in Einklang. In der Broschüre informiert das Innenministerium über mögliche Maßnahmen gegen Versuche der NPD, Immobilien im Land zu kaufen und Jugendliche mit "Schulhof-CDs" als Mitglieder anzuwerben.

Das Gericht hatte bereits erklärt, nach dem Landesverfassungsschutz-Bericht 2006 handele es sich bei der NPD um eine "unverhohlenen nationalistische Partei, die im rechtsextremistischen Spektrum zu den aggressivsten Organisationen zählt". Gegen diesen Inhalt sei die NPD jedoch nicht gerichtlich vorgegangen. "Er rechtfertigt die Erwähnung der NPD in der fraglichen Broschüre als Beispiel für rechtsextremistische Aktivitäten", hieß es. In dem Ratgeberheft gebe es somit kein willkürliches Werturteil.

dpa/hq

**27.12.2007** [www.welt.de](http://www.welt.de)

**Zentralrat der Juden - Knobloch will "Aufschrei" gegen Antisemitismus** von Dirk Banse

"Die Sensibilität im Umgang mit den Verbrechen an Juden hat abgenommen", sagt Charlotte Knobloch, Präsidentin des Zentralrats der Juden. Gegen antisemitische Tendenzen werde in Deutschland zu wenig getan. Knoblochs Kritik richtet sich auch gegen die TV-Komiker Harald Schmidt und Oliver Pocher. » [mehr](#)

**27.12.2007** [Porträt auf dem Zimmer: "Hitler"-Suite in Designhotel](#)

In einem neuen Designer-Hotel in der serbischen Hauptstadt Belgrad ist ein Zimmer dem NS-Diktator Adolf Hitler gewidmet worden. In Suite 501 hänge ein riesiges Porträt eines der größten Verbrechers in...

URL: [http://www.fr-online.de/in\\_und\\_ausland/magazin/?em\\_cnt=1263600](http://www.fr-online.de/in_und_ausland/magazin/?em_cnt=1263600)

**28.12.2008** »Server der Neofaschisten steht in den USA«

Verwendung von »Anti-Antifa«-Material durch die Nürnberger Polizei war konsequent, aber keineswegs rechtsstaatlich. Betroffene haben nun Anzeige erstattet. Ein Gespräch mit Harald Weinberg von Claudia Wangerin

--> <http://www.jungewelt.de/2007/12-28/059.php>

**28.12.2007** [www.dradio.de](http://www.dradio.de)

**Deutschlandradio Kultur, Interview**

**"Gesinnung kann man eben nicht verbieten"- Stadler gegen neuen Anlauf zu einem NPD-Verbot**

Der FDP-Innenpolitiker Max Stadler hat die Ablehnung seiner Partei zu einem erneuten NPD-Verbotsverfahren bekräftigt. Dafür müsste der Verfassungsschutz seine V-Leute zuerst von der NPD abziehen, wozu einige Innenminister der Länder aus Sicherheitsgründen nicht bereit seien.

<http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/interview/716608/>

**28.12.2007** [www.spiegel-online.de](http://www.spiegel-online.de)

**BELGRAD - Design- Hotel vermietet Hitler- Appartement**

Hitler hängt in Zimmer 501: In dem Luxus-Apartment eines Belgrader Design-Hotels prangt ein riesiges Porträt des NS-Diktators. Der Manager des Hauses will Staatslenker aus aller Welt würdigen. [mehr...](#)

**29.12.2007** **Mit purem Rassismus auf Stimmenfang**

Hessens Ministerpräsident kriminalisiert junge Migranten. Bayern will Jugendstrafrecht verschärfen

→ <http://www.jungewelt.de/2007/12-29/063.php>

**29.12.2007** [Rechtsextremer Schornsteinfeger: Runter vom Dach](#)

Das Land Sachsen-Anhalt will einem Schornsteinfeger den Kehrbezirk entziehen, weil er für die rechtsextreme NPD im Kreistag des Burgenlandes sitzt. "Das ist ein Präzedenzfall, wir halten das aber für..."

URL: [http://www.fr-online.de/in\\_und\\_ausland/politik/aktuell/?em\\_cnt=1264561](http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=1264561)

**29.12.2007** **Mitteldeutsche Zeitung: Vorgehen des Landes gegen einen NPD-Mann**

**Landesregierung will NPD-Mann Job entziehen - Schornsteinfeger in Sachsen-Anhalt soll Kehrbezirk verlieren**

Halle (ots) - Das Land Sachsen-Anhalt will einem Schornsteinfeger den Kehrbezirk entziehen, weil er für die rechtsextreme NPD im Kreistag des Burgenlandes sitzt. Das berichtet die in Halle erscheinende Mitteldeutsche Zeitung (Samstagsausgabe). "Das ist ein Präzedenzfall, wir halten das aber für zulässig", sagte Landes-Wirtschaftsminister Reiner Haseloff (CDU) der Zeitung. Schornsteinfeger Lutz Battke aus Laucha (Burgenlandkreis) soll im neuen Jahr schriftlich die Mitteilung über den so genannten "Widerruf der Bestellung" erhalten. Haseloff hat als zuständiger Minister dafür bereits grünes Licht gegeben. "Er hat als Schornsteinfeger vom Staat ein Monopol für seinen Beruf bekommen. Er kann sich überall Zugang verschaffen, kein Bürger kann sagen, ich lasse keinen Rechtsextremisten rein. Das darf nicht sein", sagte Haseloff. Wegen des Kehrmonopols habe ein Schornsteinfeger ein ähnliches Treueverhältnis zum Staat wie ein Beamter. Dem widerspreche das Engagement als Rechtsextremist. "So einen wollte ich bei mir zuhause

nicht reinlassen, müsste es aber. Der Staat muss den Bürgern so etwas ersparen", sagte Haseloff. Battke wollte sich gegenüber der Zeitung nicht äußern. Juristen sehen das Landes-Vorgehen kritisch. "Ich halte das für problematisch. Das führt zu verfassungsrechtlichen Problemen, weil es um das grundlegende Recht auf freie Meinungsäußerung geht. Die NPD ist nicht verboten. So lange das nicht der Fall ist, müssen alle Parteien gleich behandelt werden", sagte Christian Tietje, Jura-Professor der Universität Halle.

"Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass ein Gericht den Widerruf aufhebt", sagte Minister Haseloff. "Es geht aber darum, dass Politik glaubwürdig handelt. Wir können von Bürgern nicht ein entschlossenes Handeln gegen Rechtsextreme fordern und uns selber dann auf formaljuristische Bedenken zurückziehen", sagte Haseloff. Laut Innenstaatssekretär Rüdiger Erben (SPD) ist Battke nicht Mitglied der NPD, aber Mitglied der NPD-Kreistagsfraktion und "eindeutig" Rechtsextremist. "Er ist einer der führenden Köpfe der Rechtsextremen im Burgenland", so Erben. Zudem sei er "ein Musterbeispiel dafür, wie sich Rechtsextremisten in die Mitte der Gesellschaft vorrobben können", sagte Erben. Battke ist auch Stadtrat in Laucha und betreut den Fußball-Nachwuchs im Sportclub BSC 99.

**Pressekontakt:            Mitteldeutsche Zeitung            Chefredaktion            Tel.: 0345 565 4300**

**29.12.2007**      [www.mdr.de](http://www.mdr.de)

### **Großeinsatz der Polizei in Stendal**

**Stendal:** In der Stadt sind heute rund 1.000 Polizisten im Großeinsatz. Sie sollen ein Aufeinandertreffen von NPD-Anhängern und Linksautonomen verhindern. Die NPD hat in Stendal eine Demonstration angemeldet. Dagegen wollen auch Linksautonome protestieren. Stendal rief die Einwohner auf, Gesicht zu zeigen gegen Rechts. Auf dem Marktplatz gibt es ein Kulturprogramm. Geplant sind Konzerte und Theateraufführungen. - Die Polizei in Sachsen-Anhalt wird bei dem Einsatz von Kollegen aus Brandenburg und Sachsen unterstützt.

**29.12.2007**      [www.mdr.de](http://www.mdr.de)

### **Sachsen-Anhalt will keinen NPD-Mann als Kaminfeger**

**Magdeburg:** Ein NPD-Mann soll in Sachsen-Anhalt keine Kamine mehr fegen dürfen. Wie die Mitteldeutsche Zeitung berichtet, will Wirtschaftsminister Haseloff einem Schornsteinfeger aus Laucha den Kehrbezirk entziehen. Grund sei, dass der Mann für die NPD im Kreistag und im Stadtrat sitze. Haseloff sagte, wegen des Kehrmonopols habe ein Kaminfeger ein ähnliches Treueverhältnis zum Staat wie ein Beamter. Es sei den Bürgern aber nicht zuzumuten, dass sie einen Rechtsextremisten in ihre Wohnung lassen müssten. - Juristen bezweifeln, ob ein solches Berufsverbot zulässig ist.

**29.12.2007**      [www.spiegel-online.de](http://www.spiegel-online.de)

### **HOOLIGAN- ANGRIFF - [Vermummte überfallen Mannschaftsfeier von Sachsen Leipzig](#)**

"Wir sind Nazis", riefen sie, griffen mit Baseballschlägern, Reizgas und Pfefferspray an - und warfen einen Molotowcocktail. Leipziger Hooligans haben die Feier eines gegnerischen Fußballvereins überfallen: die zweite brutale Attacke binnen Wochen. Von Jörg Schallenberg [mehr...](#)

**29.12.2007**      [www.mdr.de](http://www.mdr.de)

### **NPD-Aufmarsch in Stendal bislang verzögert**

**Stendal:** Begleitet von einem Großaufgebot der Polizei haben sich in der Stadt etwa 400 Anhänger der rechtsextremistischen NPD versammelt. Sachsen-Anhalts Innenstaatssekretär Erben sagte, der geplante Zug der Rechtsextremisten habe sich verzögert. Die rechten Demonstranten hätten ein Durchsuchen nach Waffen verweigert. Die Demonstration sei aber nur bis 17 Uhr genehmigt. Eine Gegenveranstaltung von etwa 100 Linken am Bahnhofsvorplatz habe sich bereits aufgelöst. Rund 1000 Polizisten sollen ein Aufeinandertreffen beider Gruppierungen verhindern. Bisher kam es zu keinen größeren Zwischenfällen. Auf dem Rathausplatz versammelten sich mehrere hundert Bürger zu einem Stadtfest gegen Rechts.

**30.12.2007**      [www.dradio.de](http://www.dradio.de)

### **Steinwürfe auf Wahlkreisbüro von Gysi - rechtsextremistischer Hindergrund**

Das Wahlkreisbüro von Linksfraktions-Chef Gysi ist erneut mit Steinen beworfen worden. Wie die Berliner Polizei mitteilte, wurden dabei zwei Scheiben zerstört. Auf dem Gehweg vor dem Büro fanden die Beamten Handzettel, die einen Bezug zur rechten Szene vermuten lassen. Die Fraktion wertete den Vorfall als Anschlag mit offensichtlich rechtsextremistischem Hintergrund. Der Staatsschutz nahm den Angaben zufolge die Ermittlungen auf. Gysis Büro war bereits im September mit Steinen beworfen worden. Auch dabei war ein rechtsextremistischer Hintergrund vermutet worden.

### **30.12.2007      Mitteldeutsche Zeitung: Harte Linie gegen NPD-Mann Ministerpräsident Böhmer verteidigt harte Linie gegen NPD-Mann - Posierte Schornsteinfeger für umstrittene Schulhof-CD?**

Halle (ots) - Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Wolfgang Böhmer hat sich hinter Wirtschaftsminister Reiner Haseloff (beide CDU) gestellt, der einem rechtsextremen Schornsteinfeger den Kehrbezirk

entziehen will. "Was das betrifft, muss der Rechtsstaat auch klare Zeichen setzen", sagte Böhmer der Mitteldeutschen Zeitung (Montagausgabe). Zwar müsse vor allem die politische Auseinandersetzung mit Rechtsextremen verstärkt werden: Es sei wichtig, ihre Anhänger zu überzeugen, dass sie auf einem Irrweg seien. Das sei aber kein Widerspruch zum Vorgehen gegen den Schornsteinfeger mit NPD-Mandat. "Das eine ist die politische Auseinandersetzung mit einer extremistischen Partei, deren abstruse Ansichten zu widerlegen sind. Das andere betrifft die Wahrnehmung von quasi hoheitlichen Aufgaben", sagte Böhmer der Zeitung.

Schornsteinfeger Lutz Battke aus Laucha (Burgenlandkreis) soll seinen Kehrbezirk verlieren, weil er für die NPD im Kreistag sitzt und laut Innenministerium ein führender Rechtsextremer der Region ist. Wirtschaftsminister Haseloff begründet das Vorgehen, faktisch ein Berufsverbot, mit Verweis auf das Kehrmonopol: Schornsteinfeger hätten dadurch ein ähnliches Treueverhältnis zum Staat wie Beamte, die für die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik einstehen müssen. Juristen der Universität Halle äußerten dazu verfassungsrechtliche Bedenken, unter anderem verstoße das Land gegen die Meinungsfreiheit.

Laut Innenstaatssekretär Rüdiger Erben (SPD) könnte sich die Situation des Schornsteinfegers Battke jetzt verschärfen, ausgerechnet durch ein Bild, das der NPD-Kreisverband Burgenland ins Internet gestellt hat. Darauf ist Battke in Schornsteinfeger-Montur mit Innungszeichen abgebildet. In der Hand hält er eine CD, laut Erben möglicherweise die "Schulhof-CD" der NPD. Falls sich bewahrheitet, dass Battke in Berufskleidung mit NPD-CD posierte, will die Schornsteinfeger-Innung rechtliche Schritte prüfen. "Wir wollen unser Innungs-Signet nicht im Zusammenhang mit der NPD-CD sehen", so Thomas Keindorf, Landesinnungsmeister und Präsident der Handwerkskammer Halle. "Das Handwerk distanziert sich von rechtsextremen Gedankengut." Erben empörte sich auch über eine Pressemitteilung der NPD. Sie kritisiert das Vorgehen des Landes als grundgesetzwidrig und als "offener Rechtsbruch einer selbstherrlichen Politikerkaste die auch mit kriminellen Mitteln für ihren Machterhalt kämpft". Das Schreiben endet unter anderem mit dem Aufruf "Hanf zu Seilen! Und Laternen zu Galgen...". "Die tun immer so, als wären sie die netten Rechten von nebenan. Jetzt reißen die sich die Maske vom Gesicht", sagte Innenstaatssekretär Erben.

**Pressekontakt: Mitteldeutsche Zeitung      Chefredaktion      Tel.: 0345 565 4300**

**30.12.2007 \_ Vom Schüren der Ausländer- und von der Beschwörung der Inländerfeindlichkeit (Florian Rötzer) <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/26/26961/1.html>**

Der brutale Überfall auf den Rentner in München wird von Koch, Beckstein oder Kauda instrumentalisiert und rückt sie in die braune Ecke, in der das Gleiche nur ein klein wenig deutlicher gesagt wird

**31.12.2007 URL: [http://www.fr-online.de/in\\_und\\_ausland/kultur\\_und\\_medien/feuilleton/?em\\_cnt=1265029](http://www.fr-online.de/in_und_ausland/kultur_und_medien/feuilleton/?em_cnt=1265029)**

**Focus & Junge Freiheit - Wein, Weib und Meinungsfreiheit VON VOLKER SCHMIDT**

Die nationalkonservative Wochenzeitung Junge Freiheit (JF) und die SPD befehden einander, das ist kein Wunder. Dass aber das Magazin Focus an der Seite des - selbst nach der Einschätzung der bayerischen Verfassungsschützer "am rechten Rand des demokratischen Spektrums" agierenden Blattes - mit Schmutz wirft, ist schon merkwürdig.

Angegriffen werden die baden-württembergische SPD-Vorsitzende Ute Vogt, Schirmherrin des Informationsdienstes Blick nach rechts (bnr), und der baden-württembergische SPD-Landtagsabgeordnete Stephan Braun. Beide gaben das Buch "Die Wochenzeitung Junge Freiheit" heraus. Es soll belegen, dass das Blatt des intellektuellen rechten Randes ein Fall für den Verfassungsschutz ist. Gegen ihre Erwähnung in Verfassungsschutzberichten mehrerer Länder hatte die JF erfolgreich geklagt.

Die "Edition JF" konterte das Buch mit "Die offene Flanke der SPD - Der Fall Stephan Braun und die Zusammenarbeit von Sozialdemokraten mit Linksextremisten". Autor Felix Krautkrämer behauptet, "mindestens acht der 18 Autoren" des Anti-JF-Buches schrieben für linksextreme Publikationen, die ihrerseits in Verfassungsschutzberichten erwähnt würden – etwa Graswurzelrevolution, Jungle World und Antifaschistische Nachrichten. Aus der SPD werde also "mit linksextremen Organisationen und Publikationen" zusammengearbeitet, "linksextrem-antifaschistische Positionen" sollten propagiert werden.

Am 11. Dezember griff der Focus in die Schlammschlacht ein. Chef vom Dienst Michael Klonovsky schrieb unter der Überschrift "Ich sehe was, was Du nicht siehst", "mindestens sechs" der Autoren des Vogt-Braun-Buches arbeiteten "parallel" auch für als linksextremistisch eingestufte Publikationen. Als "Spitzenreiter" nannte er den Autor Anton Maegerle. Klonovsky bescheinigte Herausgeberin Vogt "ein merkwürdiges Demokratieverständnis", weil sie für einen Ausschluss des JF-Korrespondenten aus der Bundespressekonferenz plädierte. Tenor der Argumentation: Die JF ist rechts, aber nicht rechtsextrem - setze sie sich doch für "so unverdächtige öffentliche Personen wie CSU-Mann Peter Gauweiler" ein.

Die Junge Freiheit hat mittlerweile eine Unterlassungserklärung abgegeben: Sie wird nicht mehr behaupten, dass Autor Maegerle für Der rechte Rand, Konkret und Neues Deutschland schreibt. Auch druckte das Blatt

eine Gegendarstellung von Margarete Jäger vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) ab, die ebenfalls in der Schrift denunziert worden war.

Klonovsky bezeichnete das DISS im Fakten-Fakten-Fakten-Blatt als "Linksextremistensüppchenkochclub". In Sachen Maegerle räumte Klonovsky auf FR-Anfrage ein, es gebe da einen Rechtsstreit. "Eigentlich", so der Focus-Redakteur, halte er nichts von Schnüffelei, wer für wen schreibt: "Ich würde ungern in diesem absurden Theater weitermachen." Aber er streite für die Meinungsfreiheit: "Der Verfassungsschutz soll sich raushalten."

Im Interesse der Meinungsfreiheit trat Klonovsky nach eigenen Angaben auch 2006 als Unterstützer der JF gegen ihren Ausschluss von der Leipziger Buchmesse auf (wie sein Chef Helmut Markwort) - "das hätte ich auch für Konkret getan". Die JF habe er sich "angeschaut, um mir ein Bild zu machen". Er gab ihr im Oktober 2005 ein Interview und füllte im März 2006 den JF-Fragebogen aus. Die JF hat drei aktuelle Bücher Klonovskys besprochen - positiv.

Klonovsky, Autor von Werken wie "Welcher Wein zu welcher Frau?", geriert sich auch im Internet ([www.michaelklonovsky.de](http://www.michaelklonovsky.de)) in aphoristisch gemeinten Sprüchen als politisch unkorrekter Freigeist. Zwei Beispiele: "Die sogenannte Vergangenheitsaufarbeitung hat immer mehr von Leichenschändung", "was für ein Genuss, inmitten des allgemeinen Toleranz-Blablas einen gebildeten Rassisten zu treffen".

Den Vorwurf, er habe sich Argumente der JF gegen die SPD zu eigen gemacht, wies Klonovsky in einer Antwort auf einen Brief Ute Vogts an den Focus zurück: "Meinen Sie, wir können nicht selber nachschauen, wer wo publiziert? Und meinen Sie überdies, eins plus eins sei nicht mehr zwei, sobald es in der aus Ihrer Sicht falschen Publikation steht?"

Vogt, im SPD-Präsidium für die Bekämpfung des Rechtsextremismus zuständig, sagte der FR: "Es gibt offenbar eine unorganisierte Allianz von Sympathisanten der JF, die ihre Sprachrohre auch in einzelnen Medien haben." Eine Kooperation von SPD und Linksextremisten sei eine "abstruse Konstruktion". Vogt will sich weiter gegen den "Versuch, eine Kampagne gegen uns zu inszenieren", wehren.

Auch die JF fährt juristisches Geschütz auf, wie wiederum der Focus vom 22. Dezember meldet, gezeichnet mit Klonovskys Kürzel: Der VS-Verlag habe die Auslieferung des Vogt-Braun-Buches stoppen müssen, weil der Historiker Stefan Scheil Falschaussagen über sich entdeckt und eine Unterlassungserklärung erwirkt habe. Tatsächlich ist das von der Süddeutschen Zeitung empfohlene Buch beim Verlag als "derzeit nicht lieferbar" gelistet, weil die erste Auflage vergriffen ist. Die Schlammschlacht geht weiter. Wie schreibt Klonovsky: "Wozu sich aufregen? Die Dummen gewinnen ja doch."

### **31.12.2007 Das Schweigen brechen**

Oury Jalloh starb vor drei Jahren in Dessau. Konferenz und Demonstration fordern Aufklärung von Florian Osuch

--> <http://www.jungewelt.de/2007/12-31/051.php>

### **02.01.2008 Knallhart rechts**

Eine Studie untersucht die populistische Bürgerbewegung "Pro Köln" und ihre Ableger, die gegen den Islam agitieren

URL: [http://www.fr-online.de/in\\_und\\_ausland/politik/aktuell/?em\\_cnt=1265547](http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=1265547)

### **02.01.2008 Ruhe nach dem Sturm**

Das sächsische Mittweida kämpft gegen sein Image als rechte Hochburg. Doch ein mutmaßlicher Neonazi-Übergriff macht viele Bemühungen zunichte von Frank Brunner

--> <http://www.jungewelt.de/2008/01-02/057.php>

### **02.01.2008 »Es ist durchaus möglich, daß niemand etwas beobachtet hat« Polizei ermittelt weiter**

im Zusammenhang mit mutmaßlichem Neonazi-Überfall in Mittweida. Gespräch mit Matthias Damm von Frank Brunner

--> <http://www.jungewelt.de/2008/01-02/059.php>

### **02.01.2007 Hetze im Freikorpsgeist**

NPD macht mit offener NS-Rhetorik gegen die Liebknecht-Luxemburg-Ehrung in Berlin mobil. Linker Widerstand gegen geplanten Neonaziaufmarsch angekündigt von Anja Wagner-Roth

--> <http://www.jungewelt.de/2008/01-02/017.php>

**02.01.2007 »Linke Politik war nie in den Köpfen der Lesben und Schwulen verankert« Über schwule Nazis und die Geschichtsvergessenheit der Homosexuellenszene. Gespräch mit Herbert Rusche von Markus Bernhardt**

--> <http://www.jungewelt.de/2008/01-02/018.php>

### **02.01.2008 [www.spiegel-online.de](http://www.spiegel-online.de)**

**FREMDENHASS - [No-Go-Areas in russischen Städten](#)**

Die bittere Auszeichnung hat nicht viel geändert. Vor drei Jahren wurde Woronesch zur Hauptstadt des russischen Rassismus erklärt. Mehrere Initiativen kämpfen seitdem gegen Diskriminierung und Gewalt. Doch nach wie vor gibt es für Ausländer No-Go-Areas in Woronesch - so wie im ganzen Land. Aus Woronesch berichtet Oliver Bilger [mehr...](#)

**02.01.2008** [www.welt.de](http://www.welt.de)

**Kriminalität** - [Rechtsextreme greifen afghanische Familie an](#) von Axel Lier

In Berlin-Lichtenberg haben in der Silvesternacht etwa 15 bislang unbekannte Täter eine afghanische Familie mit Schlagstöcken attackiert und beschimpft. Sie verfolgten sie bis zu ihrer Wohnung, beschädigten den Hauseingang und zertrümmerten eine Scheibe. Der Weitlingkiez gilt als eine Hochburg von Rechtsextremen. » [mehr](#)

**03.01.2008** **Fürstlich beraten**

Rechte CSU-Abspaltung »Christlich Soziale Bürger« (CSB) tritt in Regensburg zur Kommunalwahl an von Claudia Wangerin

→ <http://www.jungewelt.de/2008/01-03/055.php>

**03.01.2008** **Der Tagesspiegel: NPD will auf Gegenkundgebung zur Luxemburg-Liebknecht-Demonstration verzichten**

Berlin (ots) - Die rechtsextreme NPD erklärte gestern, sie wolle nun doch auf eine angekündigte Gegenkundgebung zur traditionellen Luxemburg-Liebknecht-Demonstration am 13. Januar verzichten. Das berichtet der Tagesspiegel (Freitagausgabe). Die Behörden hatten zuvor eine von der NPD angemeldete Veranstaltung verboten, die in unmittelbarer Nähe der Luxemburg-Liebknecht-Demonstration in Lichtenberg stattfinden sollte. "Wir verzichten auf weitere Rechtsmittel gegen diese Entscheidung", sagte der NPD-Landesvorsitzende Eckart Bräuniger gestern. Dennoch will man sich auf mögliche "Störungen durch Neonazis" vorbereiten, hieß es von den Organisatoren der Luxemburg-Liebknecht-Demonstration. Antifa-Gruppen gehen davon aus, dass Angehörige der rechten Szene in kleinen Gruppen rund um den Bahnhof Lichtenberg unterwegs sein werden- und angesichts zehntausender Teilnehmer nur schwer zu erkennen sein werden. Auch in diesem Jahr wird die Luxemburg-Liebknecht-Demonstration an der Gedenkstätte der Sozialisten in der Nähe des Bahnhofs Lichtenberg enden.

**Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an Sandra Daßler (Tel. 26009513)**

**Pressekontakt: Der Tagesspiegel Chef vom Dienst Thomas Wurster**  
**Telefon: 030-260 09-308 Fax: 030-260 09-622 [cvd@tagesspiegel.de](mailto:cvd@tagesspiegel.de)**

**04.01.2008** **Antirassistische Demonstration in Berlin-Lichtenberg von Theo Schneider**

--> <http://www.jungewelt.de/2008/01-04/049.php>

**04.01.2008** **"Blick nach Rechts" - Die Inhalte der aktuellen Ausgabe:**

**Bröckelndes Bündnis**

Im Umfeld der NPD mehrt sich die Kritik am „Deutschlandpakt“ und der DVU.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe012008/broeckelndesbuenndnis/>

**„Europäische Denkfabrik“ [€]**

In der „Kontinent Europa Stiftung“ wollen sich Vertreter der extremen Rechten vernetzen – gemeinsame Feindbilder sind die USA und der Islam.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe012008/europaeischedenkfabrik/>

**„Wortgewaltige Störung“ [€]**

Die vor Gericht stehende Rechtsanwältin Sylvia Stolz hat sich als „Anhängerin des Nationalsozialismus“ bekannt.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe012008/wortgewaltigestoerung/>

**Programmatisches „Minimum“ [€]**

Karlheinz Weißmann kann das politische Selbstverständnis von „Konservatismus“ für die „Neue Rechte“ nicht erläutern.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe012008/programmatischesminimum/>

**Absage an „Nazi-Hotel“ [€]**

DGB veröffentlicht Broschüre über das Engagement der Delmenhorster gegen ein angeblich geplantes braunes Schulungszentrum.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe012008/absageannazihotel/>

## Hamburgs „braune Jungs“

„Freys Statthalter“ & Co. in der Hansestadt

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe012008/hamburgsbraunejungs/>

## Systematische Ausgrenzung [€]

Bundesminister Wolfgang Tiefensee stellt Gutachten über die antijüdische Politik des Reichsverkehrsministeriums vor.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe012008/systematischeausgrenzung/>

## Daten deutscher Geschichte [€]

Vor 75 Jahren übernahmen Hitler und seine Nazi-Partei die Macht – demokratische Politiker und Gewerkschafter wurden alsbald verhaftet, die Verfolgung der Juden nahm ihren Lauf.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe012008/datendeutschergeschichte/>

## Braune Soße für die Jugend

Köln – In einer Auflage von 10 000 Exemplaren will der Nachwuchs der rechtspopulistischen „Bürgerbewegung pro NRW“ im Januar an nordrhein-westfälischen Schulen die vierte Ausgabe der Jugendzeitschrift „Objektiv“ verteilen – ein Blatt mit unverhohlenen rechtsextremen Anklängen.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/aktuellemeldungen/braunesossefuerdiejugend/>

## „Unberechenbarer werden“

Wernigerode – Der neue Bundesvorsitzende der Jungen Nationaldemokraten Michael Schäfer will der Organisation ein schärferes Profil verpassen.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/aktuellemeldungen/unberechenbarerwerden/>

## 04.01.2008 Die NPD und Adolf Hitler ganz privat (Ernst Corinth)

<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/26/26993/1.html>

YouTube und Co. - unsere wöchentliche Telepolis-Videoschau

## 05.01.2008 [www.welt.de](http://www.welt.de)

Sachbuch - [Judenhass bei Muslimen und in deutschen Medien](#)



von Steffen Reiche

Antisemitismus ist ein Übel, das in vielen Bereichen unserer Gesellschaft zu finden ist. Verschiedene aufmerksame Beobachter haben jetzt für einen Sammelband die Israel-Berichterstattung der deutschen Medien und die Stimmung in islamischen Gemeinschaften untersucht. Die Ergebnisse sind erschreckend. [» mehr](#)

- [Rechtsextremismus: Neuer Prozess gegen Horst Mahler angestrebt](#)
- [Zentralrat der Juden: Knobloch will "Aufschrei" gegen Antisemitismus](#)
- [Antisemitismus in der DDR: Stasi schändete die Leichen von KZ-Opfern](#)
- [Ausstellung: Hitlers Hass auf die Moderne](#)

## 06.01.2008 [www.mdr.de](http://www.mdr.de)

### Gedenken an Asylbewerber Oury Yalloh

**Dessau-Roßlau:** Drei Jahre nach dem Feuertod des Asylbewerbers Oury Jalloh in einer Polizeizelle soll heute an sein Schicksal erinnert werden. Auf Konferenzen geht es um Ausländerfeindlichkeit, aber auch um Versäumnisse der Polizei im Kampf gegen Fremdenhass.- Zum Todestag Oury Jallohs morgen ist eine Gedenkveranstaltung geplant. Der Mann aus Sierra Leone soll das Feuer in seiner Zelle am 7. Januar 2005 selbst entfacht haben, obwohl er gefesselt war. Zwei Polizisten stehen vor Gericht, weil sie ihm nicht rechtzeitig geholfen haben sollen.

## 07.01.2008 Newsletter vom 07.01.2008 - Keinen Cent

BERLIN/LONDON (Eigener Bericht) - Der "faktische Boykott" der Deutschen Bahn AG und des Berliner Verkehrsministeriums gegen den "Zug der Erinnerung" löst in Europa Befremden aus. Die Bahn AG, größter Schienenlogistiker auf dem Kontinent, verlangt für das Gedenken an die europäischen Deportationsopfer des NS-Vorgängerunternehmens ("Deutsche Reichsbahn") mehrere zehntausend Euro. So werden Gebühren für die Gleisnutzung gefordert, weil der "Zug der Erinnerung" mit einer Ausstellung über die deportierten Kinder und Jugendlichen auf dem deutschen Schienennetz fährt. Weitere Gelder werden verlangt, weil die Besucher auf dem Weg zur Ausstellung die Bahnsteige betreten. Auch für die Beleuchtung

der Opferfotos und letzten Briefe im "Zug der Erinnerung" will die Bahn AG hohe Summen kassieren - insgesamt mehr als 50.000 Euro. Dieses Vorgehen hatte die deutsche Presse als "skrupellos" bezeichnet. Jetzt informieren auch ausländische Medien über die offenkundigen Versuche, den "Zug der Erinnerung" durch maßlose Finanzforderungen zum Halten zu bringen. Die Initiatoren rufen im Ausland dazu auf, Protestschreiben an die diplomatischen Vertretungen der Bundesrepublik zu richten. Der Zug soll am 8. Mai mit mehreren hundert Jugendlichen in der Gedenkstätte Auschwitz eintreffen. "Wir werden der Deutschen Bahn AG keinen Cent zahlen", kündigen die Bürgerinitiativen in einem Interview an.  
<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57118>

#### 07.01.2008 **Protest gegen Kündigung**

Kritik an Entlassung des Thüringer Gewerkschaftssekretärs und profilierten Antifaschisten Angelo Lucifero. Ver.di weist Avancen der NPD zurück von Daniel Behruzi  
→ <http://www.jungewelt.de/2008/01-07/052.php>

#### 07.01.2008 [www.welt.de](http://www.welt.de)

#### Innere Sicherheit - [Kurt Beck beklagt Rechtspopulismus der CDU](#)



von AP/OTS/DPA/FSL

Als "schamlos" und "populistisch" bezeichnen SPD-Politiker die Forderungen des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch nach schärferen Strafen für junge Kriminelle. Der CSU gehen die Vorschläge dagegen nicht weit genug: Sie will Deutschland in der U-Bahn und nicht am Hindukusch verteidigen. » [mehr](#)

- [Jugendkriminalität: Ein Gefängnisersatz mit Rückfallquote null](#)
- [Abgaben: Union will Steuern für alle Normalverdiener senken](#)
- [CDU und SPD: Wahlkampfgetöse spaltet die große Koalition](#)
- [Wildbad Kreuth: CSU plant Steuerreform im Jahr 2011](#)
- [Hessen-Wahlkampf: Koch stößt Debatte über Anstand und Moral an](#)
- [Koalition: SPD verspricht der Union einen harten Kampf](#)
- [Roland Koch: "Drei Tage Gefängnis besser als immer kriminell"](#)
- [Hessen-Wahl: Kochs Lieblingsthema schmeckt Wählern nicht](#)
- [Jugendstrafrecht: CDU-Spitze schwenkt auf harte Linie Kochs ein](#)
- [Jugendkriminalität: Roland Koch und sein altes Wahlkampfrezep](#)
- [Jugendkriminalität: Vizekanzler Steinmeier warnt vor "Symboldebatte"](#)
- [Debatte um Moral: Kirchen kritisieren Kochs Anstandskatalog](#)
- [Diskutieren Sie mit: Härteres Strafrecht - eine gute Idee?](#)
- [Hessen-Wahlkampf: Ypsilanti wirft Koch Ausländer-Kampagne vor](#)
- [Jugendkriminalität: Schärferes Strafrecht sorgt nicht für Sicherheit](#)
- [Wahlkampf in Hessen: Roland Koch, der schwarzlackierte Lafontaine](#)

#### 07.01.2008 [www.mdr.de](http://www.mdr.de)

#### Zentralrat der Juden kritisiert Debatte über Jugendkriminalität

**München:** Der Zentralrat der Juden hat die Debatte über die Jugendkriminalität kritisiert. Präsidentin Knobloch sagte, die Diskussion müsse sachlich geführt werden. Ansonsten könnten Rechtsextremisten davon profitieren. Für die Funktionäre der NPD sei die Ausländerkriminalität ein willkommenes Argument, um allen Ausländern die Daseinsberechtigung in Deutschland zu entziehen. Knobloch sprach sich für verstärkte Integrationsmaßnahmen aus, um Jugendgewalt vorzubeugen. Besonders die Perspektivlosigkeit ausländischer Jugendlicher müsse überwunden werden.

#### 07.01.2008 **Belgien - Le Soir**

#### Guy Hermet über das Verschwinden der Demokratie

Im Gespräch mit Dominique Berns prophezeit der Politologe [Guy Hermet](#) das Verschwinden der Demokratie: "Immer mehr Länder gelten als demokratisch, obwohl man an der Qualität ihrer demokratischen Institutionen Zweifel hegen sollte. Denn die Demokratie ist, was ihre Verbreitung, Verankerung oder Qualität angeht, auf dem Rückzug. An der Rändern breitet sie sich aus, in den alten Demokratien dagegen hat sie sich verbraucht... Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass die Demokratie, so wie wir sie verstehen, bald nicht mehr existieren wird... Es bestehen neuerdings philosophische Zweifel an der Relevanz des Volkswillens. So wird der Mehrheitsbeschluss abgelehnt, der doch eigentlich wesentlicher Bestandteil der Demokratie ist. Wenn in einem südlichen Land eine islamistische Partei an die Macht kommt, fordern da manche nicht eine

Annulierung der Wahlen? Und wenn ein beträchtlicher Teil der Antwerpener Bürger dem Vlaams Belang seine Stimme gibt, denken da nicht einige, es wäre besser, ihnen das Wahlrecht zu entziehen?"

» [zum ganzen Artikel \(externer Link, französisch\)](#)

**07.01.2008 Slowakei - Sme**

**Slowakischer Präsident will "Regierungsmedien"**

Der slowakische Präsident Ivan Gašparovič hat am Wochenende in einem Interview mit dem slowakischen Radio bemängelt, die Zeitungen des Landes seien zu regierungskritisch. Gašparovič forderte "Regierungsmedien", in denen sich Politiker frei äußern könnten. Premier Robert Fico hatte bereits Ähnliches gesagt. Lukáš Fila widerspricht heftig: "Medien haben nun einmal kritisch zu sein. Sie haben nicht die Regierung zu loben, sondern darüber zu informieren, was diese Regierung tut. Ungekürzte, unkommentierte und nicht kritisierte Stellungnahmen der Staatsorgane kann jeder im Internet nachlesen. Staatsmedien braucht es dazu nicht." (07.01.2008)

» [zum ganzen Artikel \(externer Link, slowakisch\)](#)

**08.01.2008 Aufklärung im Fall Oury Jalloh gefordert Drei Jahre nach Tod in Dessauer**

Gefängniszelle: Gedenken an Flüchtling aus Sierra Leone von Frank Brunner

--> <http://www.jungewelt.de/2008/01-08/061.php>

**08.01.2008 »Die Anklage im Fall Jalloh muß auf Mord lauten« Schwarze trauen sich in Deutschland** oft nicht zur Polizei, wenn sie Opfer von Straftaten sind. Ein Gespräch mit Moctar Kamara von Claudia Wangerin

--> <http://www.jungewelt.de/2008/01-08/028.php>

**08.01.2008 Populisten machen weiter**

Regierungskoalitionäre streiten über Bekämpfung der Jugendkriminalität. Mehrheit in einer repräsentativen Umfrage gegen Ausländerhetze als Wahlkampfschlager von Ralf Wurzbacher

→ [Online-Abo] <http://www.jungewelt.de/2008/01-08/047.php>

**08.01.2008 CDU/CSU - Bundestagsfraktion**

**Götz: Themen nicht den Rechtsradikalen überlassen**

Berlin (ots) - Zur anhaltenden Diskussion über gewaltbereite Wiederholungstäter mit Migrationshintergrund erklärt der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Götz MdB: In den Städten und Gemeinden sehen sich alltäglich Menschen mit dem Gefahrenpotenzial konfrontiert, das von gewaltbereiten ...

**08.01.2008 Frankreich - Le Monde**

**Sloweniens Problem mit den Minderheiten**

Laurent Hassid, Forscher an der Universität Bordeaux III, stellt das gute Image Sloweniens in Frage. "Im Laufe der vergangenen Jahre haben die ethnischen Spannungen innerhalb der slowenischen Gesellschaft was die Akzeptanz von Menschen aus anderen Balkanländern angeht zugenommen... Das Problem der 'Ausgelöschten' hat ein hasserfülltes Klima geschaffen, das sich gegen Serben und Kommunisten wendet und zum Sieg der rechten Parteien unter Führung des jetzigen Ministerpräsidenten Janez Janša bei den Parlamentswahlen 2004 beigetragen hat... Slowenien weist zwar einen Lebensstandard und eine politische Entwicklung auf, die sich an Westeuropa orientiert, doch in wichtigen Punkten ähnelt es dem Rest Ex-Jugoslawiens, insbesondere in Bezug auf ethnische Fragen... Da Slowenien jetzt die EU-Ratspräsidentschaft hat, wäre es eine gute Idee, eine ehrliche Debatte über die Integration der Nicht-Slowenen zu beginnen." (08.01.2008)

**08.01.2008 Polen - Polska**

**Debatte über Antisemitismus in Polen**

In Polen wird über das Buch "[Die Angst](#)" des US-Historikers Jan Tomasz Gross diskutiert, das am 11. Januar auf polnisch erscheint. In dem Essay, der bereits 2006 in den USA publiziert wurde, beschreibt Gross antisemitische Pogrome im Nachkriegspolen. Der aus Polen stammende, ehemalige israelische Parlamentspräsident und Botschafter in Warschau, [Szewach Weiss](#), fordert, Polen müsse sich seiner Vergangenheit stellen. "Ich hoffe, dass Bücher wie 'Die Angst' von Jan Tomasz Gross eine Art Katharsis auslösen werden. Man muss den unangenehmen Prozess der Reinigung durchmachen, denn Mord bleibt Mord, und Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sind eine Schande. Ich spüre, dass heute die Mehrheit der Polen von solchen Positionen weit entfernt ist und es gibt Orte in Europa, an denen es mehr Antisemitismus gibt. Aber aus der Geschichte kann man das Böse nicht ausradieren."

**08.01.2008 Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

ich möchte Sie/Euch auf zwei Studien aufmerksam machen, die beide kürzlich erschienen sind:

**1. Benno Hafener/Sven Schönfelder, Politische Strategien gegen die extreme Rechte. Folgen für kommunale Politik und lokale Demokratie, Berlin: Friederich-Ebert-Stiftung 2007 (161 S.).**

Zum Inhalt: Mit einer qualitativen Problem- bzw. Themenzentrierung will die Studie einen wissenschaftlichen Beitrag zur Erhellung des parlamentarisch-kommunalen Umgangs mit den Fraktionen und Mandatsträgern der extremen Rechten leisten. Erkenntnisinteresse der Untersuchung ist es, über Formen sowie über die Inhalte und Qualität der parlamentarischen Auseinandersetzung in ausgesuchten Kommunalparlamenten aufzuklären. Dabei geht es sowohl um die empirische Analyse politischer Umgangs- und Gegenstrategien der beiden großen demokratischen Parteien als auch um die daraus entstehenden Konsequenzen für die kommunale Politik im Umgang mit der extremen Rechten sowie um mögliche Folgen für die lokale Demokratie als politisch-sozialer Interaktionsraum. Im Rahmen der Studie wurden insgesamt 16 halbstrukturierte Interviews mit den kommunalen Fraktionsvorständen von SPD und CDU in Ehringshausen und Wölfersheim (Mittelhessen), Ludwigshafen und Pirmasens (Pfalz), Königstein und Sebnitz (Sächsische Schweiz) sowie in Stralsund und Anklam (Vorpommern) durchgeführt.

**Die Studie gibt es als kostenlosen Download auf der Homepage der Friedrich-Ebert-Stiftung, in deren Auftrag die Untersuchung konzipiert und verwirklicht wurde: <http://library.fes.de/pdf-files/do/05021.pdf>**

**2. Sven Schönfelder, Rechtspopulismus. Teil Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag 2008 (244 S.).**

Zum Inhalt: Die Studie schließt unmittelbar an das Forschungsprojekt „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF)“ an, das seit dem Jahr 2002 unter Federführung des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) an der Universität Bielefeld durchgeführt wird. Gegenstand der Untersuchung sind spezifische menschenfeindliche Einstellungen einer gruppenbezogenen Abwertung und Ausgrenzung, die sich in einem rechtspopulistischen Potential bündeln lassen. Die Studie stellt zunächst die Frage nach einem Muster derartiger individueller Einstellungen sowie nach dem Ausmaß und der sozialen Strukturierung des rechtspopulistischen Potentials in der deutschen Bevölkerung. Zum anderen geht es unter Bezug auf die sog. Modernisierungsverliererthese um den Einfluss sozialstruktureller Ursachen auf die Existenz bzw. auf die Entstehung autoritär-nationalistischer Einstellungen. Zur Erklärung werden verschiedene deprivationstheoretische Ansätze herangezogen: absolute Deprivation, Statusdeprivation, relative Deprivation und Politikdeprivation. Ein weiterer Schwerpunkt der Untersuchung sind die Wahlintention und die ideologische Selbsteinstufung des rechtspopulistischen Potentials. Empirische Basis sind (1) die repräsentativen Umfragedaten des GMF-Surveys 2003 sowie (2) problemzentrierte Interviews mit hessischen Kommunalpolitikern der Partei „Die Republikaner“ (REP) und zudem (3) Leserbriefe auf der Internetseite der REP-Parteizeitung „Der Republikaner/Zeit für Protest“.

**Mit freundlichen Grüßen ins neue Jahr**  
**Dr. Sven Schönfelder**  
**Institut für Erziehungswissenschaft**  
**35032 Marburg (Lahn)**  
**E-Mail: [schoenfelder@staff.uni-marburg.de](mailto:schoenfelder@staff.uni-marburg.de)**

**S. Schönfelder**  
**Philipps-Universität Marburg**  
**Wilhelm-Röpke-Str. 6 B**  
**Tel.: 06421 / 28-24535**

**09.01.2008 Protest ist kein Verbrechen**

Polizeiliche Schikanen gegen Antifaschisten im bayerischen Mittenwald waren rechtswidrig von Frank Brunner

--> <http://www.jungewelt.de/2008/01-09/034.php>

**09.01.2008 »129a trifft nur uns«**

13. Antifaschistisches Jugendtreffen der VVN-BdA am Samstag in Berlin. Schwerpunkt: Widerstand gegen Ausbau des Überwachungsstaates und Sicherheitswahn von Lothar Bassermann

--> <http://www.jungewelt.de/2008/01-09/001.php>

**09.01.2008 Prügelorgie in Düsseldorf**

Polizeibeamte fügten Antifaschisten schwere Verletzungen zu. Journalistin mit Verdacht auf Hirnblutung von Markus Bernhardt

--> <http://www.jungewelt.de/2008/01-09/002.php>

**09.01.2008 NPD kandidiert in Bayern mit Tarnlisten**

Neonazis tun sich schwer mit Unterschriftensammlung für Antritt zur Kommunalwahl von Tania Stein

--> [Online-Abo] <http://www.jungewelt.de/2008/01-09/003.php>

**09.01.2008 Newsletter vom 09.01.2008 - Neue Lager**

**WIESBADEN/MÜNCHEN/BERLIN** (Eigener Bericht) - Mit der Errichtung von Lagern für straffällig gewordene Heranwachsende nähern sich die innenpolitischen Repressionsbemühungen der Berliner Regierung historischen Vorläufern. Die Einrichtungen, die offiziell mit englischer Bezeichnung versehen werden ("Camps"), um Erinnerungen an die Lager der NS-Zeit nicht zu wecken, werden besonders mit ausländischen Heranwachsenden in Verbindung gebracht und als Alternative zu deren Abschiebung gehandelt. Sie erweitern das bestehende Netz von Lagern zwecks Sammlung in Deutschland nicht erwünschter Ausländer. Die Debatte um die neuen Einrichtungen, die stark rassistische Züge trägt, wird vom Ministerpräsidenten des Bundeslandes Hessen forciert, der im Wahlkampf von Stimmverlusten bedroht ist; sie ist jedoch nach Auskunft eines Berliner Regierungssprechers langfristig und bundesweit angelegt. Während Experten die Einrichtung von Lagern weithin ablehnen und Missstände bei der Bekämpfung von Kriminalität auf die systematische Umschichtung von Staatsmitteln zuungunsten von Justiz und Sozialwesen zurückführen, werden die Vorhaben von deutschen Neonazis begeistert begrüßt.  
<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57120>

**09.01.2008 Großbritannien - The Times**

**Daniel Finkelstein will die Rechten zur Mitte lotsen**

Der konservative Kolumnist [Daniel Finkelstein](#) überlegt, wie konservative Politik in Zukunft aussehen sollte. "Überall auf der Welt stellt sich bei konservativen Parteien die Erkenntnis ein, dass die Rechten sich verändern muss. Am engagiertesten debattieren die Modernisierer in Österreich, Frankreich, Dänemark, Brasilien, Neuseeland, Kanada, Schweden und natürlich Großbritannien die gemeinsamen Probleme. Linke Parteien, die sich auf universelle Ideen berufen, haben schon immer miteinander kooperiert. Für konservative Parteien, deren Identität so eng an die jeweilige Nation geknüpft ist, ist es weniger leicht, sich international zusammenzuschließen. Doch nun stehen sie vor einer Reihe gemeinsamer Herausforderungen. Die erste ist der politische Erfolg des Dritten Wegs von Clinton und Blair... Überall auf der Welt haben linke Parteien den Kapitalismus akzeptiert und verändert. Die Konservativen müssen sich zur Mitte bewegen, um konkurrenzfähig zu sein." (09.01.2008)

» [zum ganzen Artikel \(externer Link, englisch\)](#)

Mehr aus der Presseschau zu den Themen » [Weltanschauung](#), » [Großbritannien](#), » [Global](#)  
Alle verfügbaren Texte von » [Daniel Finkelstein](#)

**09.01.2008 [www.mdr.de](http://www.mdr.de)**

**Neue Panne im Prozess um Überfall auf Schauspieler**

**Magdeburg:** Im Prozess um den Überfall auf Schauspieler in Halberstadt ist es erneut zu einer Panne gekommen. Wie heute bekannt wurde, hat die Polizei eine Ermittlungsakte erst zwei Monate nach Verfahrensbeginn an die Staatsanwaltschaft übergeben. Der Ordner enthält nach Angaben des Landgerichts Magdeburg Zeugenaussagen und Auswertungen von Tatortspuren. Die Anwälte von Tätern und Opfern sprachen von einem Skandal. Der Prozess wurde zeitweise unterbrochen. Angeklagt sind vier junge Männer aus der rechten Szene. Sie sollen im Juni vergangenen Jahres fünf Schauspieler bei einem Überfall verletzt haben. Schon damals hatte es Fehler bei der Polizeiarbeit gegeben. So wurde der mutmaßliche Haupttäter zunächst laufengelassen.

**10.01.2008 [www.spiegel-online.de](http://www.spiegel-online.de)**

**OFFENER BRIEF - [Hundert Zuwanderer- Gruppen beklagen sich bei Merkel über Koch](#)**

Unter Migranten in Deutschland wächst die Wut über den Wahlkampf des hessischen Ministerpräsidenten Koch. Hundert Organisationen warnen in einem offenen Brief vor einer Spaltung der Gesellschaft. Koch selbst musste einräumen, dass in Hessen Jugendstrafsachen zu langsam bearbeitet werden. [mehr...](#)  
[ [Forum](#) ]

**10.01.2008 [www.welt.de](http://www.welt.de)**

**Jugendkriminalität - [Schwere Rassismus-Vorwürfe gegen Roland Koch](#)**



von DPA/EPD/AP/FSL/cn

Die Türkische Gemeinde in Deutschland ist über den hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch entsetzt. Seine Äußerungen zu Jugendkriminalität schürten einen "neuen Rassismus in Deutschland", sagte der Vorsitzende Kenan Kolat. Auch andere Migrantenorganisationen zeigen sich empört. » [mehr](#)

- [Jugendkriminalität: Union fordert ein Ende der "Sozialromantik"](#)
- [Klausurtagung Hannover: Altkanzler Schröder rettet SPD vor Kochs Attacke](#)
- [Gewalt: Wieder brutale Überfälle von Jugendlichen](#)

- [Jugendkriminalität: Ein Gefängnisersatz mit Rückfallquote null](#)
- [Abgaben: Union will Steuern für alle Normalverdiener senken](#)
- [CDU und SPD: Wahlkampfgetöse spaltet die große Koalition](#)
- [Kriminalität: Jugendliche filmen ihre Gewalt gegen Obdachlose](#)
- [Hessen-Wahlkampf: Koch stößt Debatte über Anstand und Moral an](#)
- [Wildbad Kreuth: CSU plant Steuerreform im Jahr 2011](#)
- [Innere Sicherheit: Kurt Beck beklagt Rechtspopulismus der CDU](#)
- [Koalition: SPD verspricht der Union einen harten Kampf](#)
- [Roland Koch: "Drei Tage Gefängnis besser als immer kriminell"](#)
- [Diskutieren Sie mit: Brauchen wir härtere Jugendstrafen?](#)
- [Hessen-Wahl: Kochs Lieblingsthema schmeckt Wählern nicht](#)
- [Kriminalität: Agressive Jugendliche wollen bezwungen werden](#)
- [Roland Koch: "Schröder ist für Jugendgewalt mitverantwortlich"](#)
- [Jugendstrafrecht: CDU-Spitze schwenkt auf harte Linie Kochs ein](#)
- [Jugendkriminalität: Roland Koch und sein altes Wahlkampfrezept](#)
- [Jugendkriminalität: Vizekanzler Steinmeier warnt vor "Symboldebatte"](#)
- [Debatte um Moral: Kirchen kritisieren Kochs Anstandskatalog](#)
- [Hessen-Wahlkampf: Ypsilanti wirft Koch Ausländer-Kampagne vor](#)
- [Wahlkampf in Hessen: Roland Koch, der schwarzlackierte Lafontaine](#)
- [Jugendkriminalität: Schärfere Strafrecht sorgt nicht für Sicherheit](#)

10.01.2008 [www.welt.de](http://www.welt.de)

**Einbruchserie** - [Hakenkreuz-Schmierereien im Millerntorstadion](#) von Christian Görtzen  
FC St.Pauli ist das Opfer einer Einbruchserie geworden. Nachts waren die Eindringlinge über die Gitterzäune zur Südtribüne geklettert und verschanzelten die Anzeigetafel mit einem Hakenkreuz. Aus dem Pressecontainern stahlen sie ein Mischpult, Lautsprecherboxen und Mikrofone. » [mehr](#)

10.01.2008 +++ **Schule: Courage auf dem Schulhof** +++

Wie Schulen gegen Rassismus und Diskriminierung kämpfen. Von Sabrina Ebtsch  
<http://www.zeit.de/2008/03/C-schule-mit-courage?from=24hNL>

10.01.2008 **"Damit Sie nicht der Nächste sind" (Florian Rötzer)**

<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/27/27032/1.html>

Im Wahlkampfgetöse schüren CDU und CSU auf den Spuren der Rechtsextremen Ausländerangst und Ausländerhass

10.01.2008 URL: [jungle-world.com/seiten/2008/02/11271.php](http://jungle-world.com/seiten/2008/02/11271.php)

**Ton, Steine, Hakenkreuze**

**Der sächsische Ort Mittweida kam im November in die Schlagzeilen überregionaler Zeitungen. Eine junge Frau hatte behauptet, Neonazis hätten ihr ein Hakenkreuz in die Hüfte geritzt. Später tauchten Zweifel an ihrer Geschichte auf, sie aber bleibt bei ihrer Aussage. In Mittweida prägen nach wie vor die Neonazis das Stadtbild. Von Andre Seitz**

An der Ortseinfahrt von Mittweida staut sich der Verkehr. Zehn Polizisten haben sich auf einem Parkplatz am Ortseingang postiert und leuchten mit Taschenlampen in jedes Auto. Ein Autofahrer wird zur Kontrolle auf den Parkplatz gewunken. Es ist der Abend des 21. Dezember. Bereits seit mehreren Tagen kursieren Gerüchte, dass Neonazis in dem kleinen Ort in Sachsen mal wieder einen Aufmarsch planen. Mindestens eine Hundertschaft der Polizei ist seit mehreren Tagen in der Stadt unterwegs.

Auf dem Parkplatz eines Supermarkts stehen Einsatzfahrzeuge, drei muskelbepackte, glatzköpfige Männer in Bomberjacken werden von Polizisten festgehalten. In den Straßen warten einzelne Leute in Neonazi-Outfit. Am Bahnhof sammelt sich eine etwa zehnköpfige Gruppe. Einige von ihnen treten auf Verkehrsschilder und Hauswände ein.

Einige Autos mit den auffälligen Zahlen »88« oder »18« im Kennzeichen drehen auf dem Stadtring ihre Runde. Auf dem Markt steht Micha, einer der Jugendlichen, die seit zwei Jahren versuchen, Platz für ein alternatives Zentrum in Mittweida zu finden. »Alle, die Mittweida hassen, sollen heute Abend hierher kommen, haben die Nazis per E-Mail und SMS gefordert«, erzählt er. »Eben hat uns eine Gruppe von 15 Nazis verfolgt, wir konnten gerade noch abhauen.«

Zusammen mit Micha hat sich ein Grüppchen linker Jugendlicher am Markt eingefunden. Auf dem Markt rangieren fünf Einsatzwagen der Polizei hin und her. Von einer Ecke des Marktes schallen undeutlich Sprüche herüber. »Da sind doch welche dabei, die uns vorhin verfolgt haben«, sagt einer. Die andere Gruppe ist optisch auf den ersten Blick nicht von den Linken zu unterscheiden. Die Leute tragen Basecaps, Zimmermannshosen, Kapuzenpullis und schwarze Windbreaker. Nur aus der Nähe sind auf manchen Win-

terjacken die kleinen norwegischen Fahnen, Signet der Thor-Steinar-Kollektion, zu erkennen. Die Polizei hält die »Kameraden« fest und filmt jeden einzelnen ab.

Am Wochenende um den 15. Dezember wurden auch größere Gruppen von Neonazis in der Stadt gesichtet. »Es bleibt dabei: Die Presse lügt!« war auf den Flugblättern des »Freien Netzes Chemnitz« zu lesen, die in vielen Briefkästen in Mittweida steckten. »Nach Sebnitz, Potsdam und Mügeln muss diesmal Mittweida dran glauben. Das Schema ist immer das gleiche. Ein Fall ›rechter‹ Gewalt nach dem anderen wird hochgejubelt, um vorerst verbal und dann mittels staatlicher Repressionsmaßnahmen auf die nationale Opposition einprügeln zu können.«

Die Staatsanwaltschaft Chemnitz hatte in der Woche zuvor überraschend erklärt, sie ermittle im Fall der jungen Frau, der nach eigenen Aussagen Anfang November von Neonazis ein Hakenkreuz in den Schenkel geritzt worden sei, »in alle Richtungen«. Die 17jährige hatte ausgesagt, einem kleinen sechsjährigen Mädchen in Mittweida gegen Neonazis zu Hilfe gekommen zu sein. Daraufhin sei sie von diesen selbst angegriffen worden und man habe ihr ein Hakenkreuz in die Hüfte geritzt. Zwei Gutachten sollen nach Polizeiangaben schließlich zu dem Schluss gekommen sein, die junge Frau habe sich die Verletzung auch selbst zufügen können.

Trotz zahlreicher öffentlicher Aufrufe haben sich bisher keine Zeugen der Tat gemeldet. Die Ermittler machten die Sechsjährige ausfindig, die die Angaben der 17jährigen zunächst bestätigte. Dann teilte die Staatsanwaltschaft Chemnitz überraschend mit, dass sich die Aussagen des Mädchens als falsch erwiesen hätten. »Später hat sich die Mutter des Kindes gemeldet und gesagt, dass die Familie in der Tatzeit verweist war«, sagte Oberstaatsanwalt Bernd Vogel. »Manche Fälle nehmen eben eine eigenartige Wendung.« Zweifler hatten bereits zuvor das Beispiel einer Schülerin aus Halle in Sachsen-Anhalt angeführt, die sich 1994 selbst Hakenkreuze in die Haut geritzt und sich als Opfer von Neonazis ausgegeben hatte. Sie hatte damals Anzeige erstattet, weil ihr drei Neonazis ein Hakenkreuz in die Wange geritzt haben sollen. Die Behauptungen der Gymnasiastin erwiesen sich später als falsch.

Nach den Äußerungen der Chemnitzer Staatsanwaltschaft wollten viele auch den Mittweidaer Fall für erledigt erklären. Was in der Aufregung allerdings unterging: Die junge Frau bleibt nach wie vor bei ihrer Darstellung. Und die Neonaziszene in Mittweida ist keine Schimäre, sondern bittere Realität.

Auch am 8. Dezember gab es in Mittweida einen Aufmarsch von Neonazis. Ein Aufmarsch im über 100 Kilometer entfernten Bautzen war verboten worden, deshalb nutzten die Neonazis die angekündigte »Weihnachtsbergparade« in Mittweida, um medienwirksam vor den Kamerteams des MDR zu demonstrieren. Sie zogen mit Transparenten durch die Stadt, auf denen zu lesen war: »Sie sagen: ›Paragraf 129‹ und meinen damit uns alle!« oder, nach einem Zitat der Gruppe Ton Steine Scherben, »Sie würden uns gern im Knast begraben.«

Solche Aktionen werden im Internet vor allem auf den Seiten der ostsächsischen Neonaziszene, »jugendoffensive« und »demo-lausitz«, und auf dem seit Juni existierenden Webportal »Freies-Netz« angekündigt.

Auch an den diesjährigen Aufrufen zu Demonstrationen in Dresden für den 13. Februar sind das »Freie Netz Chemnitz« und das »Freie Netz Altenburg« beteiligt. »Freies-Netz« gilt als das gemeinsame Projekt von Neonazis aus Delitzsch, Altenburg und Hof. Ihr Ziel soll eine länderübergreifende Vernetzung der Neonaziszene aus Ostthüringen, Westsachsen, Süd-Sachsen-Anhalt und Nordbayern sein.

Maik Scheffler aus Delitzsch ist Geschäftsführer des »Front-Versands«, der auf den genannten Webportalen verlinkt ist. Er handelt bevorzugt mit T-Shirts und Kapuzenpullis, auf die Zitate der Band Ton Steine Scherben und nationalsozialistische Slogans gedruckt sind. Auf den rot-weißen »Girlie-Shirts« etwa ist zu lesen: »Opa war in Ordnung – Ehre, wem Ehre gebührt« oder »Enjoy the revolution – Fuck America«. Ein Button trägt die Aufschrift: »Unsere Krawatten stehen jedem«. Daneben ist eine Henkerschlinge abgebildet. Zur Jahreswende gab es in Mittweida und Umgebung erneut Verfolgungsjagden von Neonazis auf Linke. Im Nachbarort Falkenau wurde zu Weihnachten ein kleiner Jugendclub überfallen. Mittweida und seine Umgebung sind zwar aus den Schlagzeilen verschwunden, besser geworden ist die Lage aber nicht.

#### **10.01.2008 Dossier Rechtsextremismus - Ideologie**

"Neue Rechte", "Dresdner Schule" oder rechtsextremer NS-Black-Metal: Die extreme Rechte verfolgt nicht nur eine Radikalisierung der Szenegänger in der Subkultur. Sie will auch die Mitte der Gesellschaft verändern. Dabei stellt sie Ideen der Aufklärung infrage und strebt eine Umwertung bestehender Werte an.

<http://www.bpb.de/themen/DS7Q8D>

#### **10.01.2008 Schriftenreihe - Jugend im Nationalsozialismus**

Hitlerjugend, Weiße Rose, Swingjugend: Was bedeutete es, zur NS-Zeit jung zu sein? Zeitzeugenaussagen, Tagebücher und Briefe zeichnen ein Bild der Jugend zwischen 1933 und 1945.

<http://www.bpb.de/publikationen/4ZHGBL>

#### **10.01.2008 Fachtagung - Ist der Linksaußen ein Rechtsaußen? Rechtsextremismus im Breitensport - 11.-12.02.2008 Jena**

Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit werden zunehmend auch für den Sportbereich zum Thema. Welche rechtlichen Möglichkeiten haben Vereine, Trainer oder Übungsleiter vor Ort, solchen Tendenzen zu begegnen? Die Fachtagung soll als Forum dienen, miteinander ins Gespräch zu kommen und Handlungsmöglichkeiten zu erarbeiten, sich dieser gesellschaftlichen Herausforderung besser stellen können.

[www.bpb.de/veranstaltungen/B7BJP0](http://www.bpb.de/veranstaltungen/B7BJP0)

#### **10.01.2008 DVD-ROM - Zurück ins Leben**

Überlebende des Holocaust erzählen ihre Geschichten: Konnte es überhaupt möglich sein, weiterzuleben? Und wo sollten sie sich ein neues Zuhause schaffen? Es sind Geschichten von Befreiung, Verlust, quälenden Erinnerungen und ungeheurer Lebensbejahung.

<http://www.bpb.de/publikationen/35KYW2>

#### **10.01.2008 Broschüre - Aktiv gegen Rechtsextremismus**

Die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb ist - zusammen mit zahlreichen anderen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren – aktiv gegen Rechtsextremismus und für Demokratie. Die Broschüre "Aktiv gegen Rechtsextremismus" listet in kompakter Form zahlreiche Publikationen und Angebote der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb auf, die sich mit dem Thema Rechtsextremismus auseinandersetzen.

<http://www.bpb.de/publikationen/3RL14M>

#### **11.01.2008 Ulla Jelpke: Unions-Populismus mit rassistischem Kalkül**

Berlin (ots) - "Mit ihrem Forderungskatalog setzen die Innenminister der unionsregierten Bundesländer auf ein altes Mittel: Im Endspurt eines Wahlkampfes sollen ausländerfeindliche Vorurteile geschürt werden", sagt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke:

"Die Unionspolitiker erwecken den Eindruck, man müsse der Jugendkriminalität vor allem mit Gesetzesverschärfungen beikommen. Bei der Auswahl der einzelnen Maßnahmen herrscht völlige Beliebigkeit. Die Liste reicht vom Fahrverbot bis zur 15-jährigen Haftstrafe.

Noch problematischer ist, dass die Innenminister Jugendkriminalität als ethnisches Problem betrachten. Dass sie sich dabei in Gegensatz bringen zu praktisch allen wissenschaftlichen Erkenntnissen, stört sie offenbar nicht. Und dass Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble diese Sicht der Dinge teilt, liegt in der Konsequenz seines latenten Hangs zu mehr Repression und Überwachung.

Es ist purer Populismus, wenn die CDU-Innenminister suggerieren, Strafverschärfungen würden die Kriminalität senken. Jeder, der Sachverstand in der Kriminologie und der Sozialwissenschaft hat, sagt: Wir müssen die Bildungschancen verbessern, wir müssen Integration fördern, wir müssen die Verarmung breiter Bevölkerungskreise aufhalten. Diese Forderungen unterstützt DIE LINKE. Außerdem müssen die Arbeitsbedingungen der Justiz verbessert werden - was gerade in Hessen bislang sträflich vernachlässigt wurde."

**Pressekontakt: DIE LINKE. Fraktion im Bundestag Hendrik Thalheim**  
**Tel.: 030/22752800 Mobil: 0172/3914261 Mail: [pressesprecher@linksfraktion.de](mailto:pressesprecher@linksfraktion.de)**

#### **11.01.2008 Italien - La Repubblica Integration der Roma in Italien**

Massimo Livi Bacci meint, man müsse zwischen der Integration rumänischer Einwanderer und den Roma aus Rumänien unterscheiden: "Das wirkliche Problem, vor dem Europa und besonders Italien steht, ist die Frage, welche Politik man gegenüber den Roma, die vom Balkan und vor allem aus Rumänien kommen, betreiben soll. Die Roma haben wie alle Europäer das Recht, sich frei in Europa zu bewegen. Aber ihr Widerstand gegen die Integration und Selbsthaftwerdung hat eine lange Tradition. Die Ankunft tausender Nomaden, die sich am Rande der großen Städte konzentrieren, wo es kaum legale Lager gibt und die vorhandenen überfüllt sind, stellt ein gesteigertes Risiko für die soziale Ordnung dar. Damit sollten die lokalen Behörden nicht allein gelassen werden. Dieser Gefahr muss man so schnell wie möglich mit einem europäischen Plan für die Stabilisierung, die Förderung und Integration der Roma in Rumänien vorbeugen."

[» zur Homepage \(La Repubblica\)](#)

Mehr aus der Presseschau zu den Themen [» Innenpolitik](#), [» Integration](#), [» Italien](#), [» Europa](#)  
Alle verfügbaren Texte von [» Massimo Livi Bacci](#)

#### **11.01.2008 [www.mdr.de](http://www.mdr.de)**

##### **Schriftsteller Giordano verteidigt Koch**

**Köln:** Im Streit um junge ausländische Straftäter hat der Schriftsteller Ralph Giordano den hessischen Ministerpräsidenten Koch unterstützt. Giordano meinte, die von Koch angestoßene Diskussion sei überfällig. Die Gewaltbereitschaft Jugendlicher sprengt inzwischen alle bisherigen Vorstellungen. Daran seien Ausländer über-proportional beteiligt. Giordano machte dafür eine - so wörtlich - verfehlte Toleranz

verantwortlich. Der jüdische Autor kritisierte zudem, dass jene, die das Problem Ausländer-Kriminalität offen ansprechen, in die Neonazi-Ecke gestellt würden. Solche Vorwürfe seien niederträchtig.

12.01.2008 [www.mdr.de](http://www.mdr.de)

### **Bündnis will gegen Neonazi-Aufmarsch in Leipzig demonstrieren**

**Leipzig:** Ein Bündnis gegen Rechts will heute gegen einen Neonazi-Aufmarsch demonstrieren. Erwartet werden rund 300 Teilnehmer. In der Vergangenheit war es am Rande von Neonazi-Demonstrationen in Leipzig immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen gekommen.

12.01.2008 [www.welt.de](http://www.welt.de)

**Protestkleidung** - [Raucher-Shirts mit Judenstern im Netz angeboten](#) von AP/cn  
Eine Event-Agentur hat im Internet T-Shirts mit gelben Judensternen verkauft. Mit den Hemden solle gegen das Rauchverbot protestiert werden, hieß es auf der Webseite. Der Zentralrat der Juden nennt die Aktion "geistlos, hirnlos und geschmacklos". Der Betreiber der Seite sieht das inzwischen ähnlich. » [mehr](#)

13.01.2008 [www.spiegel-online.de](http://www.spiegel-online.de)

### **RECHTSEXTREMISMUS** - [Kölner Skinheads verprügeln Dunkelhäutigen](#)

Erst beschimpft, dann angegriffen: Eine Gruppe von Skinheads hat in Köln einen 22-jährigen Mann mit dunkler Hautfarbe verprügelt und leicht verletzt. [mehr...](#)

13.01.2008 [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de)

### \* [Polizei löst Neonazi-Konzert in Lübben auf](#)

In Lübben hat die Polizei eine Veranstaltung der Neonazi-Szene aufgelöst. 119 Rechtsextremisten wollten ein verbotenes Konzert hören. Als die Polizei das Verbot durchsetzen wollte, wurden die Beamten angegriffen. Es gab Verletzte und Festnahmen. [\[mehr\]](#)

- [Rechtsextremismus in Deutschland](#)

14.01.2008 **Geschichte verpflichtet**

13. Antifaschistisches Jugendtreffen der VVN-BdA in Berlin thematisierte Überwachung und Repression von Lothar Bassermann

--> <http://www.jungewelt.de/2008/01-14/020.php>

14.01.2008 [www.welt.de](http://www.welt.de)

### **Österreich** - [FPÖ-Politikerin nennt Mohammed Kinderschänder](#) von AFP/sa

Eine Politikerin der rechtspopulistischen FPÖ sorgt in Österreich für Empörung. Sie bezeichnete den Propheten Mohammed als Feldherren, der den Koran in "epileptischen Anfällen" geschrieben habe. Außerdem warnte sie vor einem "muslimischen Einwanderungs-Tsunami". » [mehr](#)

- [Österreich: Haider startet Kreuzzug gegen Minarette](#)

14.01.2008 [www.welt.de](http://www.welt.de)

### **US-Wahlkampf** - [Clinton wehrt sich gegen Rassismus-Vorwurf](#) von AFP/AP/sa

Die Töne im Kampf um die Präsidentschaftskandidatur der Demokraten werden rauer. Hillary Clinton warf dem Lager ihres ärgsten Gegners Barack Obama vor, eine Aussage absichtlich verdreht zu haben, um Spannungen zwischen Weißen und Schwarzen in den Wahlkampf zu bringen. » [mehr](#)

14.01.2008 **Österreich - Der Standard**

### **Die Ohnmacht der bürgerlichen Parteien**

Kurz vor den Gemeinderatswahlen in der Stadt Graz hat FPÖ-Kandidatin Susanne Winter für Aufregung gesorgt. Der Prophet Mohammed sei nach heutigen Maßstäben ein "Kinderschänder", sagte sie am Wochenende, ein "Feldherr", der den Koran in "epileptischen Anfällen" geschrieben habe. Walter Müller bemängelt, Sozialdemokraten und Konservative hätten dem nichts entgegenzusetzen: "Graz hatte genügend Zeit. Dass sich in den Arbeitervierteln Gries oder Lend Parallelgesellschaften entwickeln – auch in Schulen – , wissen alle im Rathaus seit vielen Jahren. Graz ist eine überschaubare Größe, hier hätte längst ein österreichweit herzeigbares Labor funktionierender Integration eingerichtet werden können... Die Chancen einer vorbildlichen Stadtentwicklung wurden verschlafen... Und in diesem von SPÖ und ÖVP vernachlässigten Feld balgen sich jetzt BZÖ und FPÖ um die Stimmen. Mit immer radikaleren Parolen und Inkaufnahme einer Spaltung der Gesellschaft. ÖVP und SPÖ stehen der politischen Brandstiftung hilflos gegenüber. Sie haben in diesem Bereich kommunalpolitisch versagt und können sich jetzt nur moralisch entrüsten." (14.01.2008)

» [zum ganzen Artikel \(externer Link, deutsch\)](#)

Mehr aus der Presseschau zu den Themen » [Innenpolitik](#), » [Österreich](#)

Alle verfügbaren Texte von » [Walter Müller](#)

#### 14.01.2008 Polen - Gazeta Wyborcza

##### Antisemitismus-Debatte in Polen

Das Buch "Die Angst" des amerikanischen Historikers [Jan Tomasz Gross](#) über den polnischen Antisemitismus nach dem Zweiten Weltkrieg wird derzeit in Polen heftig [diskutiert](#). Marek Beylin meint: "Dem Buch 'Die Angst' kann man vieles vorwerfen: Dass es bei der Beschreibung der Nachkriegspogrome der Polen gegen die Juden... in effektvoller Verallgemeinerung die widersprüchlichen Stimmungen zur Randerscheinung macht. Dass es die Kirche für die antisemitische Stimmung in Polen verantwortlich macht und ihr anderes Gesicht nicht berücksichtigt - viele Priester und Nonnen haben während der Okkupation Juden gerettet. Dass es den Unterschied zwischen dem Nazi-Antisemitismus und dem polnischen Antisemitismus nicht genug herausarbeitet - letzterer wurde nur unter besonderen Umständen und unter Nazi-Einfluss mörderisch... Aber die schwachen Seiten des Buches sind zweitrangig... Ohne die zugespitzten Thesen und die konfrontative Sprache des Buches gäbe es heute keine breite Debatte über den polnischen Antisemitismus." (12.01.2008)

[» zum ganzen Artikel \(externer Link, polnisch\)](#)

Mehr aus der Presseschau zu den Themen [» Literatur](#), [» Geschichte](#), [» Polen](#)

Alle verfügbaren Texte von [» Marek Beylin](#)

#### 14.01.2008 +++ Fall Mügeln: Verurteilt wegen Volksverhetzung +++

Im Prozess um die ausländerfeindlichen Angriffe im sächsischen Mügeln ist ein 22-jähriger Elektroniker zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten verurteilt worden.

<http://www.zeit.de/online/2008/03/muegeln-urteil?from=24hNL>

#### 15.01.2008 [www.welt.de](http://www.welt.de)

##### Protest gegen Rauchverbot - [Kein Strafverfahren wegen T-Shirts mit Judenstern](#)

von dpa/AP/cn

Eine Firma aus Norddeutschland hatte im Internet T-Shirts angeboten, auf denen ein Judenstern mit dem Wort "Raucher" aufgedruckt war. "Böse" und "hirnlos" nannte das der Zentralrat der Juden. Die zuständige Staatsanwaltschaft leitet jedoch kein Verfahren gegen den Anbieter der Kleidungsstücke ein. [» mehr](#)

#### 15.01.2008 [www.welt.de](http://www.welt.de)

##### Mügeln - [Bewährungsstrafe für "Ausländer raus"-Rufe](#) von AP/cn

Wegen der fremdenfeindlichen Angriffe im sächsischen Mügeln ist ein weiterer Mann verurteilt worden. Der 22-Jährige hatte Parolen wie "Ausländer raus" und "Deutschland den Deutschen" gerufen. Einen Strafbefehl wegen der Tat hatte er zuvor nicht akzeptiert. [» mehr](#)

#### 16.01.2008 Neofaschisten aktiv Widerstand entgegensetzen

--> <http://www.jungewelt.de/2008/01-16/032.php>

#### 17.01.2008 [www.jungle-world.com](http://www.jungle-world.com)

##### Im Harz frisiert Germania

**Im ländlichen Südniedersachsen versuchen Neonazis, die Hegemonie zu erlangen. Insbesondere der Südharz um die Stadt Bad Lauterberg wird zum Betätigungsfeld für die NPD. Das bürgerliche Lager macht es ihr nicht sonderlich schwer. von benjamin laufer**

Nicht nur Kurgäste zieht es nach Bad Lauterberg. Seit sechs Jahren ziehen Neonazis anscheinend systematisch in den beschaulichen Ort im Südharz. Dem Kader Michael Hahn, derzeit Stadtratsmitglied in Bad Lauterberg, folgten weitere organisierte Kameraden. Vier Direktkandidaten der NPD für die niedersächsischen Landtagswahlen Ende Januar wohnen mittlerweile in dem Ort. Die Antifaschistische Linke International (ALI) aus dem 50 Kilometer entfernten Göttingen spricht von einem Rückzugsraum für Rechtsextreme, »in dem sie ihre Strukturen in relativer Ruhe organisieren können«. So handle es sich nicht mehr nur um ein lokales Problem, vielmehr hätten die Aktivitäten im Harz überregionale Bedeutung. Für die Gegner der Neonazis dort stellen diese Zustände eine dauerhafte Bedrohung dar. Mehrfach wurden Gewalttaten an alternativ gekleideten Jugendlichen verübt. Im vergangenen Jahr wurde ein 14-jähriger Schüler mit Holzlatten verprügelt, weil er aus der Szene der Rechtsextremen aussteigen wollte. Auf gesellschaftlichen Großereignissen wie Volks- und Schützenfesten patrouillieren die Neonazis und greifen jeden an, der nicht in ihr Weltbild passt. Selbst auf privaten Feiern und in Gaststätten sind die Betroffenen nicht sicher. Einen Rückzugsraum für alternative Jugendliche gibt es nicht. Die Stelle des Stadtjugendpflegers in Bad Lauterberg wurde im vergangenen Jahr abgeschafft.

Doch nicht nur die Neonazis sind für die Stimmung im Südharz verantwortlich. Teile der so genannten gesellschaftlichen Mitte stehen hier am rechten Rand. Der Bürgermeister von Herzberg, Gerhard Walter (CDU), wurde im Jahr 2007 bundesweit in den Medien kritisiert, weil er der NPD Räumlichkeiten für ihren Landesparteitag zur Verfügung stellte. Die Journalistin Andrea Röpke, die an Ort und Stelle berichten wollte, wurde von ihm bedroht, ein Kameramann tätlich angegangen. Walter behindert darüber hinaus immer wieder die wenigen Jugendlichen, die etwas gegen die Neonazis unternehmen wollen. So hat er unter

anderem bereits ein Konzert »gegen rechts« untersagt. Die Neonazis sind überdies bestens in die Gesellschaft integriert, besitzen Kneipen und Geschäfte wie den kürzlich in Osterode eröffneten Friseursalon »Germania«. In dem Dorf Scharzfeld bei Herzberg ist es Sitte, jedes Jahr zum Geburtstag Adolf Hitlers die Dorfflagge aus dem Fenster zu hängen.

Seit einigen Monaten regt sich Widerstand gegen die rechten Aktivitäten. Das Bündnis »Bunt statt Braun« organisierte mit gewerkschaftlicher Unterstützung eine erste Demonstration und verschiedene Informations- und Diskussionsveranstaltungen. Hermann Lückert vom CDU-Stadtverband stellte jedoch sogleich in einem Leserbrief im Harzkurier fest: »Wer Bündnisse mit solchen Freunden in Aktionen wie ›Bunt statt Braun‹ eingeht, sollte sich darüber klar werden, ob die Bezeichnung ›Demokrat‹ dann noch anwendbar ist.« Ebenfalls aus Kreisen der CDU wurde dem Bündnis nahe gelegt, doch lieber etwas gegen die Linkspartei zu unternehmen. Diese sei doch viel schlimmer.

Im Dezember konnte im Dorfgemeinschaftshaus Dorste erstmals erfolgreich ein »Konzert gegen rechts« stattfinden, zu dem 500 Besucher kamen. Was für Außenstehende banal erscheinen mag, bedeutet für die Jugendlichen dort, der Hegemonie der Rechtsextremen endlich etwas entgegenzusetzen zu können. Dabei werden sie mittlerweile auch von überregionalen Antifagruppen unterstützt, die sie in dieser niederschmetternden Provinz nicht länger allein lassen wollen.

»Es geht uns darum, den Nazis im Harz die Anonymität zu nehmen und die Aktivisten vor Ort zu unterstützen«, fasst eine Sprecherin der ALI die Absicht der Gruppe im Gespräch mit der Jungle World zusammen. Die bisherigen Aktionen seien als Anfang zu verstehen, man wolle weiter im Südharz tätig sein, um den Neonazis nicht das Feld zu überlassen. Zusammen mit vielen anderen regionalen und überregionalen Gruppen ruft die ALI zur ersten Antifademstration in Bad Lauterberg auf. Am 19. Januar, einem Samstag, soll unter dem Motto »Es gibt kein ruhiges Hinterland« in der beschaulichen Altstadt demonstriert werden. Während die Gruppe versucht, einerseits bedrohlich aufzutreten, andererseits aber auch Bündnisse mit bürgerlichen Organisationen einzugehen, tritt die Antifagruppe »redical [M]« mit dem Slogan an: »Kein Frieden mit Deutschland und seinen Nazis!«

Die ALI hatte beim Werben um bürgerliche Bündnispartner mit Skepsis zu kämpfen. So wurde vom Bürgerbündnis befürchtet, ein schwarzer Block könne die Bad Lauterberger Innenstadt »in Schutt und Asche legen«, wie die Sprecherin der Antifagruppe berichtet. Die DGB-Region Südniedersachsen-Harz, die noch im September die erste Demonstration in Bad Lauterberg organisierte und in Göttingen bereits mehrfach mit der ALI zusammenarbeitete, ruft nicht zu der Demonstration am Samstag auf. Zu groß scheint die Sorge um das eigene Image bei den Bürgern zu sein. Dabei finden sich unter den zahlreichen Bündnisteilnehmern auch bürgerliche Initiativen, Personen wie Dorothee Menzner, eine Bundestagsabgeordnete der Linkspartei, und mehrere Kreisverbände der Grünen.

Das Bündnis »Bunt statt Braun« entschied sich in einer Mitgliederversammlung am 10. Januar zur allgemeinen Überraschung, an der Demonstration der Antifa teilzunehmen. Allerdings wolle man keine Gewalt tolerieren, wie die zweite Vorsitzende Sabrina Kohlrausch sagt. »Es ist immer wichtig, sich von Gewalttätern, egal ob ganz linksextrem oder ganz rechtsextrem, zu distanzieren«, führt sie auf Nachfrage der Jungle World aus. Das Bild der radikalen Linken ist in Bad Lauterberg kein gutes. Gerhard Walter gab im April 2007 im NDR zu bedenken: »Wenn dann Gegendemonstrationen kommen, führt es zu Sachbeschädigungen. Dann kommt es dazu, dass auch Körperverletzungen nicht selten sind.« Diese Aussage haben sich die Bad Lauterberger gemerkt. Bereits das Kleben von Antifaplakaten in der vergangenen Woche sorgte für Wirbel in der Stadt. Die Linken seien vom selben Schlag wie die Rechten, hieß es. Am Samstag wollen zahlreiche Geschäfte früher schließen, weil die Inhaber Angst um ihr Hab und Gut haben.

#### **16.01.2008 Tschechien - Lidove noviny**

##### **Neonazis planen Aufmarsch in Pilsen**

Tausende Prager Bürger haben im vergangenen November gemeinsam mit der Polizei einen Aufmarsch von Neonazis durch das alte jüdische Viertel gestoppt. Am kommenden Wochenende wollen die Rechtsextremisten nun durch Pilsen marschieren, am Jahrestag der ersten Judendeportation aus der Stadt 1942. Die Stadt Pilsen habe bislang nichts unternommen, kritisiert Zbyněk Petráček. "Die Stadtoberen müssen doch wissen, welches Ziel sich wirklich hinter dem angeblichen Protest gegen die Beteiligung Tschechiens am Irakkrieg oder für die Freiheit des Wortes verbirgt, mit dem die Neonazis ihre Aktionen maskieren. Computerexperten, die an Spam-Filtern basteln, wissen auch, dass der Begriff 'Viagra' nichts anderes bedeutet als 'Viagra'. Wenn die Behörden das nicht begreifen, müssen die Bürger für sie mit Gegenaktionen einspringen." (16.01.2008)

[» zur Homepage \(Lidove noviny\)](#)

Mehr aus der Presseschau zu den Themen [» Innenpolitik](#), [» Kriminalität / Rechtsprechung](#),

[» Geschichte](#), [» Tschechien](#)

Alle verfügbaren Texte von [» Zbyněk Petráček](#)

#### **16.01.2008 Polen - Newsweek polska**

##### **Staatsanwaltschaft prüft Antisemitismusbuch**

Wegen Verdachts der "Verleumdung der polnischen Nation" prüft die Staatsanwaltschaft Krakau das Buch "Die Angst" des US-Historikers Jan Tomasz Gross, das sich mit dem polnischen Antisemitismus in der Nachkriegszeit beschäftigt. Aleksander Kaczorowski protestiert: "Indem die Krakauer Staatsanwaltschaft ein Verfahren zu Gross' Buch einleitet, versucht sie mit polizeilichen Methoden... eine wichtige und notwendige Diskussion über die Genese des heimischen Antisemitismus im Keim zu ersticken. Dies tut sie unter Berufung auf ein absurdes Gesetz, das besagt, 'wer öffentlich die polnische Nation der Teilnahme, Organisation oder Verantwortung für die kommunistischen oder nationalsozialistischen Verbrechen bezichtigt', hat mit einer Gefängnisstrafe von drei Jahren zu rechnen... Das sind nun also die Konsequenzen der so genannten Geschichtspolitik, die eine der wichtigsten Losungen der [ehemaligen Regierungspartei] PiS war. Das hat aber nichts mit den Regeln eines demokratischen Staates zu tun." (16.01.2008)

» [zum ganzen Artikel \(externer Link, polnisch\)](#)

Mehr aus der Presseschau zu den Themen » [Literatur](#), » [Geschichte](#), » [Polen](#)

Alle verfügbaren Texte von » [Aleksander Kaczorowski](#)

#### 17.01.2008 Neonazis Weltsicht

Koch, FAZ und Bild: Feind erkannt von Arnold Schölzel

--> <http://www.jungewelt.de/2008/01-17/060.php>

#### 17.01.2008 Neonazis klagen über Wahlbehinderung

»Pro München« profitiert von CSU-Kampagne. NPD-Tarnliste fehlen noch Unterschriften von Nick Brauns

--> [Online-Abo] <http://www.jungewelt.de/2008/01-17/035.php>

#### 17.01.2008 [www.spiegel-online.de](http://www.spiegel-online.de)

**BERLIN** - [Männer hetzen Hund auf jüdische Schüler](#)

In Berlin wurden jüdische Schüler von mehreren Männern angegriffen und beleidigt. Dann hetzte die Gruppe sogar einen Hund auf die Teenager. [mehr...](#)

#### 17.01.2008 [www.welt.de](http://www.welt.de)

**Polen** - [Autor wirft polnischer Kirche Antisemitismus vor](#) von Paul Flückiger

Ein neues Buch über den Antisemitismus religiöser Kreise in Polen sorgt für Furore. Der Autor des Werkes wirft Polens Katholischer Kirche eine Mitschuld an den antisemitischen Ausschreitungen am Ende des Zweiten Weltkriegs vor. Der Schriftsteller gilt nun als bösartiger Nestbeschmutzer. » [mehr](#)

#### 17.01.2008 Der Tagesspiegel: Schönbohm will finanzielle Sanktionen gegen die NPD Aber Skepsis gegenüber neuem Anlauf zu Verbot Auch Zweifel an Notwendigkeit eines Verbots von Scientology

Berlin (ots) - Berlin - Der neue Vorsitzende der Innenministerkonferenz (IMK), Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm (CDU), will die staatlichen Finanzmittel für die NPD und andere extremistische Parteien kürzen, wenn das Geld für verfassungsfeindliche Aktivitäten verwandt wird. Er könne sich vorstellen, "dass der NPD für ein ausländerfeindliches Flugblatt, das mit Gelder aus der staatlichen Finanzierung bezahlt wurde, eine Summe von, sagen wir 20 000 Euro, gestrichen wird", sagte Schönbohm im Interview des Tagesspiegels.

"Sehr skeptisch" zeigte sich der CDU-Politiker allerdings bei der Frage nach einem neuen Verfahren zum Verbot der NPD. Der Verfassungsschutz müsste aufgrund der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts seine V-Leute aus der NPD abziehen, "ohne eine Garantie zu haben, dass das jahrelange Verfahren mit einem Verbot endet", warnte Schönbohm. Deshalb sehe er bei den Skeptikern in der IMK keine Annäherung an die Position der Befürworter eines neuen Verbotsverfahrens.

Schönbohm bezweifelt auch, dass ein Verbot von Scientology notwendig und zu erreichen ist. Es sei ein allerdings "kein Fehler", ein Prüfverfahren zu veranstalten. Die Innenministerkonferenz hatte im Dezember in Berlin beschlossen, der Verfassungsschutz solle Material über Scientology sammeln, damit ein Verbot geprüft werden kann.

**Pressekontakt:**

**Der Tagesspiegel**

**Chef vom Dienst**

**Thomas Wurster**

**Telefon: 030-260 09-308**

**Fax: 030-260 09-622**

[cvd@tagesspiegel.de](mailto:cvd@tagesspiegel.de)

#### 17.01.2008 Blick nach Rechts - Die Inhalte der aktuellen Ausgabe:

##### „Große Hessenrundfahrt“

Bei der hessischen NPD und den konkurrierenden Republikanern hofft man jetzt vor der Landtagswahl auf einen Roland-Koch-Effekt.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe022008/grossehessenrundfahrt/>

##### Schmächtige Kampagne [€]

In Niedersachsen hat für die NPD die „heiße Phase des Wahlkampfes“ begonnen.

Eine Massenplakatierung scheidet aber wohl an den knappen Finanzen.  
<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe022008/schmaechtigekampagne/>

#### **Wahlkampf in einer Ruine [€]**

Geplante PR-Aktion der NPD findet ohne Medienvertreter in heruntergekommenem Fachwerkhaus statt.  
<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe022008/wahlkampfineinerruine/>

#### **Ausländerfeindliche Tiraden [€]**

Neonazis versammeln sich zu einer „Mahnwache“ vor Jürgen Riegers Immobilie in Hameln – behördliche Auflagen werden ignoriert.  
<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe022008/auslaenderfeindlichetiraden/>

#### **„Bolschewistischer Terror“ [€]**

NPD-Vertreter lobt die Ermordung von Luxemburg und Liebknecht.  
<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe022008/bolschewistischerterror/>

#### **„Furchterregende Macht“ [€]**

Der Holocaust-Leugner Graf hat weitere einschlägige Texte veröffentlicht.  
<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe022008/machtderjudenorganisationen/>

#### **„Graue Wölfe“ [€]**

Türkische Rechtstextremisten organisieren sich in so genannten Idealistenvereinen – Feindbilder sind unter anderem Juden, Liberale, Freimaurer, Aleviten und Armenier.  
<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe022008/grauewoelfe/>

#### **„Moskauer Müll“ [€]**

Russischer Ultranationalist in Brüssel.  
<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe022008/moskauermuell/>

#### **Unbequeme Geschichte [€]**

Die Deutsche Bahn AG will vom „Zug der Erinnerung“ Gebühren kassieren.  
<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe022008/unbequemegeschichte/>

#### **„Kampf dem Hakenkreuz“**

Mit einer Ausstellung politischer Graphik des Verlags J.H.W. Dietz Nachf. aus den Jahren 1930 bis 1933 erinnert die Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin an die publizistische Mobilisierung der SPD gegen den Nationalsozialismus.  
<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe022008/kampfдемhakenkreuz/>

#### **Hetzkampagne der FPÖ ist „vorbildlich“**

Köln – Der „pro Köln“- und „pro NRW“-Vorsitzende Markus Beisicht soll bei der Kommunalwahl 2009 in der Domstadt als Oberbürgermeisterkandidat der rechtspopulistischen „Bürgerbewegung“ ins Rennen gehen.  
<http://www.bnr.de/bnraktuell/aktuellemeldungen/hetzkampagnederfpoeistvorbildlich/>

#### **Huldigung der Waffen-SS**

Ungarn (Budapest) – Am 9. Februar findet in der ungarischen Hauptstadt Budapest das internationale Neonazi-Gedenktreffen „Tag der Ehre“ statt.  
<http://www.bnr.de/bnraktuell/aktuellemeldungen/huldigungderwaffenss/>

19.01.2008 [www.mdr.de](http://www.mdr.de)

#### **Demonstrationen gegen Rechts in Magdeburg**

**Magdeburg:** Ein breites Bündnis macht heute gegen Rechts mobil. Magdeburgs Oberbürgermeister Trümper und andere Vertreter haben zu einer Demonstration und mehreren Kundgebungen aufgerufen. Sie stehen unter dem Motto "Früh aufwachen gegen Rechts!". Auch Linksautonome Gruppen kündigten Veranstaltungen an. Rechtsextreme wollen aus Anlass des 63. Jahrestages der Zerstörung Magdeburgs durch alliierte Bomber demonstrieren. Rund 1.000 Polizisten aus mehreren Bundesländern sind im Einsatz, um Auseinandersetzungen zu verhindern.

19.01.2008 [www.spiegel-online.de](http://www.spiegel-online.de)

#### **RECHTSRADIKALE - [Dokumente belegen chaotische Zustände in der NPD](#)**

Wie umgehen mit gewaltbereiten Neonazis? Über diese Frage ist in der NPD offenbar ein heftiger Führungsstreit ausgebrochen - an dessen Ende der Zerfall der Partei stehen könnte. Tausende Dokumente, die dem SPIEGEL vorliegen, belegen den desolaten Zustand der rechtsextremen Partei.

Abschriften von E-Mails, Konzeptpapiere und vertrauliche Dossiers aus der Parteiführung - Tausende interne Dokumente liegen dem SPIEGEL vor und zeigen die NPD in einem maroden Zustand. Heftig umstritten innerhalb der Führung ist vor allem der Umgang mit den gewaltbereiten, sogenannten "freien Kräften" aus der Neonazi-Szene. Sollte zu diesen Kreisen nicht ein klarer Trennungsstrich gezogen werden, so warnte ein Bundesvorstandsmitglied den NPD-Chef Udo Voigt, sei "das Auseinanderbrechen der Partei nur eine Frage der Zeit".



#### **DPA - Skinheads bei einer NPD-Demo: Parteiführung streitet über die "freien Kräfte"**

Der Fraktionsvorsitzende der NPD im sächsischen Landtag, Holger Apfel, fürchtet "ein paar hundert Idioten" könnten Innenpolitikern von CDU und SPD "den fettesten Sargnagel" für einen erneuten Antrag auf Verbot der NPD liefern. Dagegen warnte ein bayerischer NPD-Funktionär parteiintern vor einer Ausgrenzung von Neonazis, weil dann "junge und revolutionäre Kräfte sich der Mitarbeit im Landesvorstand künftig verweigern" würden. Das Konzeptpapier eines Bundesvorstandsmitglieds für die Parteiführung legt zudem erhebliche strukturelle Defizite in der Partei offen. So habe die NPD "zu wenig Mitglieder und Funktionsträger, um flächendeckend

Wahlkampf führen zu können", es fehle an Spendern und ausreichender "Unterstützung aus dem nationalen Umfeld".

Unter Beteiligung von NPD-Chef Voigt wurde den Dokumenten zufolge eine Strategie diskutiert, wie man den Spitzenkandidaten für die Landtagswahlen in Niedersachsen, Andreas Molau, über offenbar fingierte Immobilienkaufabsichten bekannt machen könnte. Der Wahlkämpfer solle, so heißt es in einer E-Mail, regelmäßig "Objekte im Land mit Ankündigung besuchen" und so "eine Berichterstattung über den Spitzenkandidaten vor Ort" sichern.

Die NPD-Funktionäre lehnten jede Stellungnahme zu den Parteiintern ab.

**19.01.2008** [www.spiegel-online.de](http://www.spiegel-online.de)

#### **JÜDISCHE SOLDATEN IN DEUTSCHEN ARMEEN - Grausame Täuschung**

Seit den Freiheitskriegen kämpften jüdische Soldaten in deutschen Armeen, Zehntausende starben "für das Vaterland". Dann tilgten die Nazis jede Erinnerung an ein Erbe, das ihr rassistisches Weltbild widerlegte. Die Bundeswehr hat die jüdischen Patrioten in Uniform wiederentdeckt. Von Michael Berger [mehr...](#)

**19.01.2008** [www.mdr.de](http://www.mdr.de)

#### **Hunderte Menschen protestieren in Magdeburg gegen Rechtsextremismus**

**Magdeburg:** Rund 700 Menschen haben sich an Protesten gegen einen Aufmarsch der NPD beteiligt. Aufgerufen dazu hatte ein breites Bündnis, linke Gruppen hatten zusätzlich eigene Protestveranstaltungen organisiert. Die Aktionen hatten am Morgen mit einer Mahnwache begonnen. Dabei rief der Magedburger Bischof Feige dazu auf, sich gemeinsam gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit zu engagieren. Zum Abschluss gab es am Nachmittag eine Kundgebung vor dem Hundertwasserhaus, wo es seit längerem Streit um einen Laden mit rechter Szene-Bekleidung gibt. Die Rechtsextremen versammelten sich am Nachmittag am Bahnhof, sie konnten wegen intensiver Kontrollen der Polizei zunächst aber nicht losziehen. Sie wollen mit ihrer Kundgebung die Bombardierung Magdeburgs vor 63 Jahren erinnern. Insgesamt sind heute in Magdeburg rund 1.000 Polizisten im Einsatz.

**21.01.2008 Neonazis den Marsch geblasen**

Tausende Antifaschisten demonstrierten am Wochenende gegen Aufzüge der Rechtsextremen von Gitta Düperthal, Lothar Bassermann und Reimar Paul

--> [Online-Abo] <http://www.jungewelt.de/2008/01-21/040.php>

**21.01.2008 Tschechien - Lidove noviny**

#### **Keine Neonazi-Demonstration in Pilsen**

Befürchtungen, es könnte am Jahrestag der Deportation der Pilsener Juden nach Theresienstadt zu einer [Großdemonstration](#) von Neonazis kommen, haben sich nicht bewahrheitet. Die Stadt hatte den Marsch verboten, schließlich fand sich nicht einmal ein Dutzend Neonazis ein. Aus Deutschland war niemand da. Zbyněk Petráček kommentiert, damit hätten sich auch Ängste im Zusammenhang mit dem Fall der Grenzkontrollen im Schengenraum als grundlos erwiesen: "Im November, als die tschechische Grenze noch kontrolliert wurde, kamen deutsche Neonazis zu einer [Demonstration](#) in Prag. Jetzt, da wir die Grenzen nicht mehr kontrollieren, kamen sie nicht. Präsident Václav Klaus hatte vor den Risiken von Schengen gewarnt. Die Praxis aber zeigt, dass die Behörden die Situation meistern. Die Warnungen haben nur überflüssigen Schrecken verbreitet." (21.01.2008)

[» zum ganzen Artikel \(externer Link, tschechisch\)](#)

Mehr aus der Presseschau zu den Themen [» EU-Erweiterung / Nachbarschaft](#), [» Innenpolitik](#), [» Deutschland](#), [» Tschechien](#)

Alle verfügbaren Texte von [» Zbyněk Petráček](#)

**21.01.2008 Österreich - Der Standard  
Kein Sieg für österreichische Populisten in Graz**

Bei den Kommunalwahlen in Graz, der zweitgrößten Stadt Österreichs, hat die rechtspopulistische FPÖ schlechter abgeschnitten als gedacht - obwohl Spitzenkandidatin Susanne Winter mit [Aussagen](#) über den Propheten Mohammed kürzlich für landesweite Aufregung gesorgt hatte. Die Partei erzielte elf Prozent und blieb hinter den Prognosen zurück. Conrad Seidl kommentiert: "Daraus lässt sich ein bundespolitisch wichtiger Schluss ziehen: Dem Populismus lassen sich Grenzen ziehen – und er lohnt auch für die, die ihm anhängen, nicht unbedingt. Die FPÖ hat mit ihrer Verteufelung des Islam ja nicht einmal bei den eigenen Anhängern punkten können... Populistische Ansagen und verbalradikale Pöbeleien mögen hohe Aufmerksamkeitswerte bringen – Wählerstimmen bringen sie aber nur in geringem Maße." (21.01.2008)

[» zum ganzen Artikel \(externer Link, deutsch\)](#)

Mehr aus der Presseschau zu den Themen [» Innenpolitik](#), [» Österreich](#)

Alle verfügbaren Texte von [» Conrad Seidl](#)

**21.01.2008 [www.welt.de](http://www.welt.de)**

**Protest- [Tausende demonstrieren gegen Rechtsextremismus](#)**

Tausende Menschen haben am Wochenende in Niedersachsen gegen Rechtsextremismus und die NPD demonstriert. In Salzgitter beteiligten sich am Samstag etwa 2000 Menschen an einem "Protestlauf gegen Braun". Auch in Goslar und Celle demonstrierten Menschen gegen die NPD. [» mehr](#)

**21.01.2008 +++ Integrationsdebatte: Wenn der Wahnsinn waltet +++**

Der niederländische Rechtspopulist Geert Wilders warnt vor einem moslemischen „Tsunami“ in Europa - und sät damit Hass und Zwietracht. Von Werner A. Perger

<http://www.zeit.de/online/2008/04/islam-europa-kolumne?from=24hNL>

**22.01.2008 Kritik an Polizeieinsatz**

Empörung über Angriffe auf Antifaschisten in Magdeburg von Lothar Bassermann

--> <http://www.jungewelt.de/2008/01-22/054.php>

**22.01.2008 »Weiterhin starke und kantige Opposition«**

Graz: Rechte Nichtwähler durch antiislamische Hetze an die Urnen gelockt. Starke Verluste der Kommunisten. Gespräch mit Franz Stephan Parteder von Claudia Wangerin

--> <http://www.jungewelt.de/2008/01-22/034.php>

**22.01.2008 [Gericht bestätigt Kündigung: Hitler-Gruß gegen jüdische Kollegin](#)**

Nach einem Hitler-Gruß gegen eine jüdische Kollegin ist einer Bankangestellten zu Recht gekündigt worden. Das Arbeitsgericht Frankfurt wies am Montag die Kündigungsschutzklage der Arbeitnehmerin zurück.

URL: [http://www.fr-online.de/frankfurt\\_und\\_hessen/nachrichten/hessen/?em cnt=1275299](http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/?em cnt=1275299)